:antifaschistische nachrichten Nr. 20

g 3336 9.10.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Landtagswahl in Bayern: NPD bei 1,2 Prozent

München, 29.9.2008. Das vorläufige amtliche Endergebnis sieht die NPD in Bayern bei 1,2 Prozent. Damit hat die extrem rechte Partei die 1-Prozent-Hürde zur Erstattung der Wahlkampfkosten geschafft. 63.352 Wählerinnen und Wähler gaben der NPD ihre Erststimme und insgesamt erreichte sie 123.273 Gesamtstimmen.

Die rechten Republikaner mussten im Vergleich zur Landtagswahl 2003 einen Verlust von 0,9 Prozent hinnehmen und stehen nun bei 1,4 Prozent (Erst- & Gesamtergebnis).

Ergebnisse der NPD in den einzelnen Bezirken:

Oberbayern: 0,7 % Erststimmen (13.567); 0,7 % Gesamtstimmen (26.914).
Niederbayern: 1,6 % Erststimmen (8.072); 1,7 % Gesamtstimmen (16.261).
Oberpfalz: 1,8 % Erststimmen (8.588); 1,7 % Gesamtstimmen (16.160).
Oberfranken: 1,6 % Erststimmen (7.979); 1,7 % Gesamtstimmen (16.080).
Mittelfranken: 1,4 % Erststimmen (10.478); 1,4 % Gesamtstimmen (20.014).
Unterfranken: 1,1 % Erststimmen (6.412); 1,0 % Gesamtstimmen (11.950).
Schwaben: 1,1 % Erststimmen (8.256); 1,1 % Gesamtstimmen (15.894)

Auf der Website der bayerischen NPD zeigt man sich mit dem Ergebnis zufrieden. In der Analyse des stellvertretenden Landesvorsitzenden, Sascha Roßmüller, hört man aber auch Kritik am konkurrierenden Antreten von NPD, Reps und Bayernpartei: Es zeige sich einmal mehr, „daß konkurrierende Wahlantritte nationaler (Nationaldemokraten), rechtskonservativer (Republikaner) und landsmannschaftlich-konservativer Parteien (Bayernpartei) ernstzunehmende Erfolge massiv erschweren“.

www.aida-archiv.de ■

Aus dem Inhalt:

Ulrichsbergtreffen 2008 5
Umgruppierungen bei der Rechten in Frankreich 7
Nachlese zum 20.9. 9

Österreich: Extreme Rechte fast 30 Prozent

Starke Verluste für SPÖ und ÖVP / Linksprojekt notwendiger denn je

Die Nationalratswahlen in Österreich brachten einen deutlichen Rechtsruck. Während die bisherigen Koalitionspartner starke Verluste einfuhren (SPÖ minus 5,8 Prozent, ÖVP gar minus 8,7 Prozent), konnten die beiden Parteien der Extremen Rechten deutlich zulegen: FPÖ und BZÖ gewannen jeweils rund sieben Prozent dazu und stehen nun bei 18 bzw. 11 Prozent.

Zusammengerechnet sind sie fast so stark wie die Sozialdemokratie (29,71 Prozent) – die auf einen historischen Tiefstand fiel. Die Grünen büßten mit ihrer verwaschenen, auf soziale Fragen kaum eingehenden Politik rund ein Prozent ein, rutschten unter die 10-Prozent-Marke und nehmen nur mehr Platz fünf ein. Die neoliberale Politik von SPÖ und ÖVP hatte den rechtsextremen Rattenfängern den Boden aufbereitet. Die Sozialdemokratie etwa hatte alle ihre zentralen Wahlversprechen wie „Keine Eurofighter“, „Weg mit den Studiengebühren“ oder „Rücknahme der Pensions“reform“ gebrochen. Die ÖVP leistete ihren Beitrag zur Fremdenfeindlichkeit und forderte „Deutschkurse für Ausländer“ und Verschärfung der ohnedies schon menschenunwürdigen Asylbestimmungen.

Vor diesem Hintergrund, angesichts eines weit verbreiteten Unbehagens in die offizielle Politik und – im Unterschied zur BRD – dem Fehlen einer breiten linken Alternative, sahnten die Rechten mit sozialer Demagogie und Ausländerhetze mächtig ab. Die FPÖ gerierte sich als „soziale Heimatpartei“ „Jetzt geht es um uns Österreicher“; „Asylbetrug bedeutet Heimatflug“; „Volksvertreter statt EU -Verräter“.

Die BZÖ-Slogans glichen dem FPÖ-Bierzeltdunst weitgehend aufs Haar. Ein Spezifikum der FPÖ-Propaganda-Masche bestand darin, sich partiell einen „stürmischen Charakter“ zu geben. So ließ sich der selbsternannte „Führer“ der FPÖ HC Strache von seinen jugendlichen Anhängern gelegentlich als „Che“ (sic!) feiern. Die logische Antwort der Linken und AntifaschistInnen bei Gegenkundgebungen: „Viva Che – Strache Ade“.

Aller Voraussicht nach steht wieder eine große Koalition ins Haus: in der ÖVP etwa muss Parteichef Wilhelm Molterer den Hut nehmen; ihm folgt der „Erneuerer“ Josef Pröll, der schon bisher mit dem SP-Chef Werner Faymann als „Regierungskoordinator“ fungierte.

Rot-Schwarz wird trotz allem Gerede von ‚neuer Politik‘ und ‚neuem Stil‘ im Wesentlichen die bisherige Politik mit all ihren Grauslichkeiten fortsetzen und damit einer weiteren Stärkung der extremen Rechten Vorschub leisten. Um sich besser gegen Kritik abzuschotten, gibt es immer mehr Überlegungen bei Rot und Schwarz in Richtung Einführung eines ‚Mehrheitswahlrecht‘.

Strache bei „pro Köln“ im Juni 2007
www.arbeiterfotografie.com

Die einzige Chance, den weiteren Aufstieg der Extremen Rechten zu stoppen, besteht im Aufbau einer breiten, pluralen und kantigen Linken.

Das jetzige Wahlresultat – bei dem KPÖ und LINKE knapp ein Prozent der Stimmen bekamen – zeigt, dass wir erst ganz am Anfang eines langen und schwierigen Prozesses sind.

Das Bündnis LINKE, das seine Tätigkeit auch nach den Wahlen fortsetzt, wird alles daran setzen, dass solch ein Linksprojekt weitere Konturen annimmt.

Hermann Dworczak ■

NPD und DVU bauen ihre Basis in Brandenburg aus

BERLIN/BRANDENBURG. Im größten Bundesland Ostdeutschlands konnten am Sonntag, den 28. September, 2,13 Millionen Menschen die Parlamente der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte neu wählen. Die DVU trat mit 72 Kandidaten an, die NPD mit 49. Zwar erreichte die NPD landesweit nur 1,9 Prozent (2003 waren es 0,5 %), die mit ihr verbündete DVU kam auf 1,5 % (2003: 1 %), aber faktisch zieht die NPD in alle Kreistage ein, für die sie kandidiert hat.

Mit drei Abgeordneten (+ ein Mandat / 4,5 %) gelang der Wiedereinzug in den Kreistag Oder-Spree sowie mit zwei Abgeordneten (+ 1 / 4,3 %) in den Kreistag Oberhavel. Erstmals trat die NPD in den Kreisen Dahme-Spreewald (3 / 4,6%), Havelland (2 / 4 %), Spree-Neiße (2 / 4 %) und Uckermark (2 / 4 %) an und konnte dort auf Anhieb Mandate erzielen.

In Cottbus zieht die NPD mit zwei Abgeordneten in das Stadtparlament ein. Weitere NPD-Mitglieder konnten zudem über DVU-Listen in der Landeshauptstadt Potsdam und im Landkreis Barnim Mandate erzielen. Auch in den Städten Oranienburg, Königs Wusterhausen, Ludwigsfelde, Guben und Nauen sowie weiteren Gemeinden gibt es Mandate.

Mehr als 100.000 Wähler haben für NPD und DVU gestimmt, 2003 waren es erst kanpp 43.000.

DVU-Landeschef Sigmar-Peter Schuldt machte die Medien dafür verantwortlich, dass die DVU schlechter abschnitt als die NPD, in den Medien sei immer nur von der NPD die Rede gewesen.

NPD-Generalsekretär Peter Marx kommentierte das Ergebnis der Wahl: „Mit nunmehr knapp 30 erzielten kommunalen Mandaten in Brandenburg wurde eine nationaldemokratische Mandatsbrücke zwischen Dresden und Schwerin geschaffen.“ Jetzt gelte es, „den kommunalen Rückenwind für den weiteren notwendigen Strukturaufbau in Brandenburg zu nutzen.“ Zu viele Brandenburger hätten diesmal noch mit ihrer Stimmabgabe die Linke unterstützt, aber nach dem Zusammenbruch weltweit operierender Banken werde immer deutlicher, dass die NPD-Aussage ‚sozial geht nur national‘ die richtige Antwort auf die gescheiterte Globalisierung sei

Im Landkreis Spree-Neiße kandidierte mit Alexander Bode für die NPD ein Neonazi, der 2002 zu einer zweijährigen Jugendstrafe verurteilt wurde: Bode war Haupttäter bei der tödlichen Hetzjagd in Guben 1999 auf den Algerier Omar Ben Noui. Ihm gelang allerdings weder der Einzug in den Kreistag, noch in die Gubener Stadtverordnetenversammlung.

Quelle: Tagesspiegel vom 29. und 30.9. ■

Miegel-Gedenken fällt aus

BAD NENNDORF. Nach Informationen der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wird die traditionelle Ehrung der Dichterin Agnes Miegel (1879-1964) in diesem Jahr ausfallen. Nachdem im vergangenen Jahr AntifaschistInnen gegen die alljährliche Gedenkveranstaltung protestiert hatten, verzichtet man in diesem Jahr darauf, Blumen am Gedenkstein für Miegel niederzulegen. Die von ihren AnhängerInnen zur „Mutter Ostpreußens“ hochstilisierte Dichterin ist wegen ihrer engen Verstrickung mit dem NS-Regime zunehmend in die Kritik geraten. Mittlerweile wurde eine Reihe von nach Miegel benannten Straßen und Schulen umbenannt.

hma ■

„Libertäre Plattform“ in der FDP

BONN. Mitte September fand das erste Bundestreffen der „Libertären Plattform in der FDP“ in Bonn statt, an dem etwa 60 überwiegend jüngere Personen teilnahmen. Neben dem FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler und Ingo Stolle vom Bundesvorstand „Liberaler Mittelstand“ referierte auf dem Treffen auch Carlos A. Gebauer. Der gehört der Redaktion der in Grevenbroich erscheinenden rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“ an, aus deren Umfeld die Idee zur Gründung der „Libertären Plattform“ erwuchs. Die „Libertäre Plattform“ sieht den derzeitigen Liberalismus „dominiert von einer modernen Spielart des Sozialismus, dem Sozialliberalismus“. „Neoliberale Argumente im ursprünglichen Sinne“ würden „kaum noch vertreten“, bedauert die neue Plattform, deren Spektrum – nach eigenen Angaben – vom „klassischen Liberalen bis zum anarcho-kapitalistischen Freidenker“ reicht. Unter den „Regionalen Ansprechpartnern“ der Plattform finden sich zahlreiche Autoren der „eigentümlich frei“ und der „Jungen Freiheit“ wieder. Darunter auch David Schah aus Bonn. Der Kleinunternehmer, Autor des Buches „Die Säulenhalle“, hatte 1992 einem Vortrag des Anti-Antifa-Experten Hans-Helmuth Knütter im Haus der „Burschenschaft Frankonia“ beigewohnt und gehört der Redaktion der Zeitschrift „eigentümlich frei“ an. Viele der Akteure kennen sich bereits von Treffen der „Libertären Stammtische“, die sich im Umfeld der „eigentümlich frei“ in den letzten Jahren in zahlreichen Städten gründeten. Im März 2009 soll das nächste Treffen der „Libertären Plattform“ stattfinden.

hma ■

Militante Nazi-Kameradschaften in Celle verbieten!

HANNOVER. Am 21. Juni hatte die neonazistische „Kameradschaft 73“ aus Celle auf dem Hof eines NPD-Aktiviisten in Eschede eine Sonnenwendfeier mit rechtextremen Musikgruppen veranstaltet. Dabei haben Nazis Journalisten angegriffen. DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag hat deshalb Innenminister Uwe Schünemann (CDU) jetzt aufgefordert, ein Verbotsverfahren gegen die Kameradschaft 73 einzuleiten.

„Das gewaltbereite Auftreten hat einmal mehr gezeigt, dass diese Gruppierung extrem militant und gefährlich ist“, sagt Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der LINKEN. „Verbote sind zwar kein Allheilmittel, schwächen aber die Naziszene wenigstens vorübergehend.“

Für ein Verbotsverfahren gegen die Celler Kameradschaft, die als Verein organisiert ist, gibt es eine klare gesetzliche Grundlage. Im Gegensatz zum Parteienverbot sind die Hürden für ein Vereinsverbot deutlich niedriger. „Wenn sich aus dem Handeln eines Vereins schließen lässt, dass Mitglieder gemeinsam Straftaten begehen, muss ein Verbot erfolgen“ erläutert Zimmermann. Die Kameradschaft 73 ist laut Sicherheitsbehörden eine der aktivsten rechtsextremen Gruppen zwischen Nordsee und Harz. Um das Treiben der rund 20 „Freien Kameradschaften“ in Niedersachsen unter die Lupe zu nehmen, hat Pia Zimmermann eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. „Dadurch ist die Regierung gezwungen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und kann nicht mehr wegducken.“

12. September 2008, Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin ■

NPD-Umtriebe in Wolfsburg

WOLFSBURG. Nach Medieninformationen versucht die rechtsextreme NPD zurzeit, in Wolfsburg Räume für Wahlkampfschulungen anzumieten. Die Wolfsburger Landtagsabgeordnete Pia Zimmermann, innenpolitische Sprecherin der LINKEN-Landtagsfraktion, hat sich deshalb mit einer Kleinen Anfrage an die niedersächsische Landesregierung gewandt. Zimmermann will wissen, ob die Landesregierung diese Information bestätigen kann und welche genauen Erkenntnisse ihr seit wann darüber vorliegen. Zudem soll die Anfrage klären, welche Schritte die Regierung einzuleiten

gedenkt, um das Vorhaben der NPD zu verhindern. „Wir dürfen nicht einfach tatenlos zusehen, wenn sich Rechtsextremisten in unserer Stadt einnisten wollen“, so Zimmermann.

Angesichts der Versuche der NPD, in Wolfsburg Fuß zu fassen, kritisierte die Abgeordnete auch die Haltung der Landesregierung bezüglich eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens: „Das alles bliebe uns erspart, wenn diese Partei endlich verboten wäre.“ Ein neues Verfahren könne nur deshalb nicht eröffnet werden, weil Innenminister Uwe Schünemann und seine Kollegen sich weigerten, die V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD abzuziehen. „Die Folgen dieser Politik bekommen wir nun auch hier in Wolfsburg zu spüren“, so Zimmermann.

Quelle: linksfraktion-niedersachsen ■

Neue Schlägerei in Mügeln – Staatsschutz ermittelt

MÜGELN. In Mügeln (Kreis Nordsachsen), wo vor einem Jahr Ausschreitungen gegen eine Gruppe Inder für Schlagzeilen sorgten, hat erneut eine Gewalttat stattgefunden. Der Staatsschutz der Polizei prüft nach eigenen Angaben, ob es einen Zusammenhang zwischen der Tat, bei der ein 35-Jähriger schwer verletzt wurde, und den Ereignissen vom Vorjahr gibt.

Der 35-Jährige hatte bei den Ermittlungen zu den Übergriffen als Zeuge ausgesagt und war auch in einer Fernseh-Dokumentation aufgetreten. Am vorigen Sonntag wurde er von einem 20-Jährigen umgerissen, geschlagen und getreten. Er war zuvor an einer Gruppe von etwa 15 Personen vorbeigelaufen. „Dort ist er!“, soll einer aus der Gruppe gerufen haben.

Das Opfer erlitt eine Platzwunde neben dem Auge sowie Prellungen.

Ob der 20 Jahre alte Angreifer dem rechten Spektrum zuzurechnen ist, blieb offen. Die Polizei machte keine weiteren Angaben, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung. Acht Inder hatten sich im August 2007 während des Mügelner Altstadtfestes mit knapper Not in eine Pizzeria gerettet. Davor grölte ein Mob von etwa 50 Personen ausländerfeindliche Parolen.

Für die Linksfraktion kritisierte Kerstin Köditz, der Mügelner Bürgermeister habe „bis heute noch nicht den Mut offen einzugestehen, dass es in seiner Kommune ein offenkundiges Problem mit der extremen Rechten gibt“. ... „Auch jetzt wälzt er wiederum die Verantwortung auf die Justiz ab, die den Täter hart bestrafen soll. An eigene Aktivitäten gegen die extreme Rechte in seiner Stadt denkt er offenbar immer noch nicht.“

„Es wäre allerdings falsch,“ so Köditz weiter, „den Zorn auf ein überfordertes Stadtoberhaupt zu konzentrieren. Es ist festzuhalten, dass die Ermittlungsarbeit der Polizei nach den Übergriffen beim Altstadtfest nicht unbedingt effizient gewesen ist. Gleiches gilt für die juristische Aufarbeitung. Die Hauptverantwortung allerdings liegt beim Innenminister. Es reicht nicht aus, dass endlich eine überfällige Handlungsanleitung gegen rechts für die Kommunen vorgelegt wird, wenn diese ansonsten mit dem Problem alleingelassen werden. Notwendig ist der Aufbau einer Art Task Force, die Kommunen in solchen Krisensituationen wie in Mügeln nachhaltig unterstützt. Ein entsprechender Antrag wird von der Linksfraktion eingebracht werden. Es ist einfach unredlich, wenn das Innenministerium von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen zivilgesellschaftlichen Mut gegen die extreme Rechte fordert und sie dann im Regen stehen lässt.“

nach PM Kertin Köditz, MdL ■

In Stuttgart haben am 20. September etwa drei- bis viertausend Menschen gegen den Krieg der Nato-Staaten in Afghanistan demonstriert. Etwa 500 Menschen haben sich an einem antikapitalistischen Block auf der Demo beteiligt. Die Auftaktkundgebung begann um 12 Uhr gegenüber des Hauptbahnhofs, es gab dort u.a. eine Rede von einem ehemaligen US-Soldaten, der im Irak gekämpft hat, dazu auch musikalische Beiträge. Bernd Riexinger, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei in Baden-Württemberg, bezeichnete den Auslandseinsatz der Bundeswehr auf der Kundgebung als gescheitert. Die afghanische Frauenrechtlerin Zoya konstatierte: „Es gibt keine Meinungsfreiheit im Land. Die alliierten Truppen haben die bestehenden demokratischen Gruppen ignoriert, anstatt sie zu unterstützen.“ Auch die Verstärkung der Besatzungstruppen, wie beispielsweise von US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama gefordert, werde an der Lage nichts ändern. Zufrieden mit den Protesten äußerten sich deren Organisatoren. Es sei gelungen, ein beeindruckendes Zeichen gegen die völkerrechtswidrige Intervention in Afghanistan zu setzen. – Trotz des enormen Polizeiaufgebots wurde beim antikapitalischen Block auch ein großer Papp-Panzer symbolisch in Brand gesetzt.

alk, nach verschiedenen Berichten ■

Erneuter rechtsextremer Immobiliencoup in Anklam

Unbemerkt von der Öffentlichkeit und Verwaltung der Stadt Anklam ist es der rechtsextremen Szene vermutlich erneut gelungen, eine größere Immobilie zu erwerben. Nach Recherchen des „Blickpunkt Demokratie und Extremismus“ des Zentrums Demokratische Kultur handelt es sich dabei um ein Verwaltungs- und Produktionsgebäude der 2003 in Konkurs gegangen Bäckerei A-Back in der Leipziger Allee Nr. 9. Als Konkursverwalter trat die Greifswalder RA Kanzlei Sievers, Shea und Kron auf. Versuche, die Immobilie über Zwangsversteigerungen am Amtsgericht Anklam zu vermarkten, scheiterten im Frühjahr 2007. Am 20.6.07 wurde das Gebäude bei der Sommerauktion der Norddeutschen Grundstücksauktionen AG in Rostock für 10.500,- EUR versteigert.

Bei dem mutmaßlichen Neubesitzer handelt es sich um einen Herrn R. aus Görke bei Anklam. R. ist in der Region seit langem als Rechtextremist bekannt und soll maßgeblich bei der Organisation von Rechtsrockkonzerten aktiv gewesen sein. Anwohnern gegenüber ließ R. verlauten, dass Verwaltungsgebäude würde in Wohnraum umgewandelt. Über die beabsichtigte Verwendung der Produktionsräume ist bisher nichts bekannt. Doch liegt die Vermutung nahe, dass dort Veranstaltungen durchgeführt werden könnten. Auch eine Verwendung als Druckerei wäre vorstellbar. Bausicherungs- und Umbauarbeiten werden von den Nachbarn schon seit Herbst 2007 beobachtet.

Anklam hat somit einen dritten attraktiven Anlaufpunkt für die rechtsextreme Szene. Neben dem seit 10 Jahren überregional bekannten Laden ‚New Dawn‘, von Marcus Thielke und dem auch im letzten Jahr von den beiden Aktivisten Hamisch und Wendt erworbenen Möbelhaus, hier ist die KPV der NPD und ein Buchversand angesiedelt, stellt dieses neue Objekt einen weiteren Ausbau der

rechtsextremen Infrastruktur dar. Zieht man dann noch die Objekte im Umland mit hinzu ist von einer im deutschsprachigen Raum einzigartigen Dichte neonazistischer Projekte auszugehen.

Nun sind die Verantwortlichen der Stadt gefragt. Von Mal zu Mal steigt das Risiko, dass sich noch weitere rechtsextreme Unternehmungen in Anklam ansiedeln und die Stadt zu einem Wahlfahrtsort für Rechtsextremisten verkommt.

Pressemitteilung des ZDK (Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH) Amadeu Antonio Stiftung www.amadeu-antonio-stiftung.de ■

Bedrohte Initiativen gegen Rechts müssen erhalten bleiben!

HANNOVER. In Niedersachsen sind zahlreiche Initiativen gegen Rechts in ihrer Existenz bedroht. Der Leiter der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt, Reinhard Koch machte darauf aufmerksam, dass das Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus in den Jahren 2009 und 2010 schrittweise ausläuft. Davon seien auch zahlreiche Projekte in Niedersachsen betroffen, deren Zukunft deshalb noch völlig offen sei. Koch forderte zum Handeln auf, damit die in den letzten Jahren gewachsenen Strukturen der Zivilgesellschaft nicht wegbrächen.

Die Landtagabgeordnete Pia Zimmermann nahm diese Warnung zum Anlass, die Landesregierung zu fragen, wie sie die bestehenden Strukturen über das Auslaufen der Bundesprogramme hinaus erhalten will. Zugleich will die Linksfraktion im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2009 Umschichtungen für diese Maßnahmen vorschlagen. Die Arbeit müsse auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. DIE LINKE setzt sich für Kontinuität und Ausbau des Kampfes gegen Rechtsextremismus ein.

Quelle: linksfraktion-niedersachsen ■

Aussteigerinitiative EXIT auch künftig unverzichtbar!

Der Nazi-Aussteigerinitiative EXIT Deutschland droht das Aus. Monika Lazar, Sprecherin der Grünene für Strategien gegen Rechtsextremismus:

„Der Bund muss EXIT Deutschland auch künftig fördern! Die derzeit rund 40 aktiv betreuten AussteigerInnen und deren Familien dürfen ihre Vertrauenspersonen nicht verlieren. Es ist skandalös, wie sich das Bundesarbeitsministerium mit einem ablehnenden Förderbescheid nun einfach aus der Verantwortung für so viele menschliche Schicksale stehlen will. EXIT Deutschland ist ein erfolgreiches, bürgerschaftliches Projekt, das mittlerweile knapp 300 ehemalige Nazis beim Ausstieg begleiten konnte. Diese mutige Arbeit muss von der Bundesregierung honoriert und nicht sabotiert werden!

Das europäische Sonderprogramm XENOS besitzt genügend Mittel, um EXIT wie bisher mit 90.000 Euro jährlich zu unterstützen. Das ist keine Frage des Geldes, sondern des politischen Willens. Wenn die große Koalition den Rechtsextremismus in unserem Land wirklich ernsthaft ablehnt, darf sie Ausstiegswillige jetzt nicht im Stich lassen. Sie muss Menschen aus der Nazi-Szene eine realistische Chance zur Reintegration in unserer demokratischen Gesellschaft bieten. Die verängstigten, traumatisierten und verunsicherten Ex-Nazis, ihre PartnerInnen und Kinder, sind auf eine kompetente und verlässliche Anlaufstelle angewiesen. Oft sind jahrelange psychosoziale Begleitung und Schutz vor Racheakten aus der rechtsextremen Szene vonnöten. Wer kümmert sich um diese Probleme, wenn die EXIT-MitarbeiterInnen aus Geldmangel gekündigt werden?

Wir fordern die große Koalition auf, eine Verlängerung der Förderung aus dem Bundesprogramm XENOS sicherzustellen! Der Staat muss beweisen, dass unsere demokratischen Institutionen den Hilfe suchenden Menschen mehr Gemeinschaft und Schutz bieten als jede Nazi-Kameradschaft."

PRESSEMITTEILUNG - Monika Lazar, MdB, Mitglied im Petitionsausschuss Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, monika.lazar@bundestag.de Internet: www.monika-lazar.de ■

Jan Timke neuer Abgeordneter

BREMEN. Nachdem die Partei „Bürger in Wut" die Wahl in Bremen erfolgreich angefochten hatte und Neuwahlen in einem Bezirk durchsetzte, kann jetzt Jan Timke in die Bremische Bürgerschaft einziehen. Wie der Landeswahlleiter mitteilte, ist der Bewerber für die Partei „Bürger in Wut" (BIW) mit Wirkung vom 23. September 2008 für den Wahlbereich Bremerhaven in das Landesparlament eingetreten. Wolfgang Jägers (SPD) schied aus der Bürgerschaft aus.

www.bremische-buergerschaft.de ■

Windemuth bei der LMO NRW

OBERHAUSEN. Am Samstag, den 18. Oktober, will die Landesgruppe NRW der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LMO) ihre „Herbst-, Kultur und Frauentagung" in Oberhausen durchführen. Nach der Begrüßung durch den LMO-Landesvorsitzenden Jürgen Zauner (Viersen) und den Vorsitzenden der Oberhausener LMO-Gruppe, Nehrenheim, soll u.a. Prof. E. Windemuth zum Thema „Vertreibung aus Ostpreußen – Ursachen und leidvolle Auswirkung" sprechen. Windemuth gehörte 2004 zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufs des Arbeitskreises „Protestaktion gegen Kollektivschuld und Sippenhaftung", der u.a. in der „Jungen Freiheit" veröffentlicht wurde, und referierte 2005 beim „Erlebniswochenende Geschichte" in Leipzig, das vom einschlägig rechten „Druffel & Vowinckel-Verlag" und der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift „Deutsche Geschichte" veranstaltet wird. 2004 war im „Druffel & Vowinckel-Verlag" Windemuths Buch „Ostpreußen – Mein Schicksal" erschienen. *hma* ■

Borna trifft Ostpreußen

KASSEL. Am 9. September war der „wissenschaftliche Leiter" des geschichtsrevisionistischen „Vereins Gedächtnisstätte" aus Borna, Peter Hild, zu Gast bei der „Landsmannschaft Ostpreußen" in Kassel. Begrüßt vom 2. Vorsitzenden der Gruppe, Hermann Opiolla, konnte Hild bei den 41 Anwesenden, darunter so „Das Ostpreußenblatt/PAZ", auch „Mitglieder anderer landsmannschaftlicher Gruppen und der Vorsitzende des BDV Kassel", für den neuen Treffpunkt der verschiedenen Spektren der extremen Rechten in Borna werben.

Hild, ehemaliger Mitarbeiter des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann ist Träger der „Silbernen Ehrennadel" der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG) und Mitglied der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger". Hilds Vortrag und das mitgebrachte Informationsmaterial habe die ZuhörerInnen „stark bewegt", so das Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen". *hma* ■

Diskriminierung jüdischer Partisanen in Litauen beenden!

BERLIN. Am 30.9. wurden dem litauischen Botschafter in Berlin Unterschriften gegen die Verfolgung früherer jüdischer Partisanen übergeben. Unterzeichnet hat auch die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke. Zeitgleich ging eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ein. Jelpke erklärt hierzu:

„Frühere jüdische Partisanen, die gegen die Nazi-Besatzer gekämpft haben, sind in Litauen Ziel einer diskriminierenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlung.

Seit fast einem Jahr ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Kriegsverbrechen, die von Partisanen während des Zweiten Weltkrieges begangen worden sein sollen. *weiter Seite 6*

Ulrichsbergtreffen 2008

Am 21. September fand bereits zum 49. Mal das „Heimkehrer-“ oder „Ulrichsbergtreffen“ im Andenken an den „Abwehrkampf“ und die „deutschen“ Opfer der beiden Weltkriege statt. Im Vorfeld wurde von den Verantwortlichen die Absicht bekundet, diesmal keine als solche erkennbaren Neonazis zuzulassen. Dennoch konnten diese laut Medienberichten wieder in Gruppen aus dem In- und Ausland am Ulrichsberg aufmarschieren. Ingesamt wurden jedoch nur 500 Teilnehmer gezählt.

Die Sprachregelung der umstrittenen Ulrichsberggemeinschaft, wonach man doch eine „Friedensfeier“ abhalte und aller Opfern gedenke, scheint sich immer noch nicht allzu weit herumgesprochen zu haben. So heißt es beim Aula-Schriftleiter Martin Pfeiffer: „Aus allen Teilen unseres Volksraumes und darüber hinaus kommen Veteranen des Zweiten Weltkrieges, aber auch junge heimatbewusste Deutsche, um an den Opfergang des deutschen Soldaten im großen Völkerringen zwischen 1939 und 1945 zu erinnern und der Gefallenen zu gedenken.“ (Zur Zeit 38/2008, S. 5)

Pfeiffer betont darüber hinaus noch einmal, dass ehemalige Waffen-SS-Angehörige am Ulrichsberg ausdrücklich willkommen seien. Das wären auch wieder Politiker, diese sind jedoch aufgrund des Wahlkampfes dieses Jahr weitgehend ausgeblieben. Hingegen hatten schon im Vorfeld deutsche und österreichische Neonazis – Pfeiffers „junge heimatbewusste Deutsche“ – im Internet ihr Kommen angekündigt. Tatsächlich machten dann etwa 15 vermummte Neonazis zwei Tage vor dem Treffen Jagd auf protestierende AntifaschistInnen und verletzten einige von ihnen.

www.doew.at ■

Zur Demonstration am 21.9.: Versammlungsrecht, Neonazis und die Kärntner Behörden

„Passt auf, die Gruppe von Neonazis, die für den gewalttätigen Angriff in Krumpendorf verantwortlich war, ist in der Gegend unterwegs. So schnell sind wir nicht, dass wir euch vor denen schützen könnten“, so sinngemäß die Warnung, die ein Einsatzleiter der Kärntner Polizei an verdutzte antifaschistische DemonstrantInnen weitergab. Die waren zu diesem Zeitpunkt allerdings bestens „geschützt“ – wurde die angemeldete antifaschistische Kundgebung am Sonntag doch während ihrer gesamten Dauer von PolizistInnen in einer Weise eingekesselt, die die Versammlungsfreiheit zur Farce macht. Dass sich polizeibekannte rechtsextreme Schläger gleichzeitig ungehindert bewegen konnten, rückt das Verhalten der Kärntner Behörden ins „rechte“ Licht. „Offensichtlich war das einzige Ziel, eine ungestörte Feier der Wehrmachts- und SS-Veteranen und ihrer ideologischen AnghängerInnen am Ulrichsberg sicherzustellen“ stellt Josephine Broz, Sprecherin des AK gegen den Kärntner Konsens, fest.

Von zwei angemeldeten Kundgebungen wurde eine gleich von vornherein untersagt – angeblich hatte die Ulrichsberggemeinschaft für ihre ebenfalls als politische Kundgebung angemeldete Feier gleich den ganzen Berg samt Zufahrtsstraßen und Wegenetz beansprucht.

Redebeitrag von Wolfgang Zinggl, NR-Abgeordneter

Die nicht-untersagte antifaschistische Versammlung in Karnburg war von willkürlicher Brutalität und Schikanen von Seiten der Polizei begleitet. Unter fadenscheinigen Vorwänden wurden vier Personen festgenommen – in einem Fall hieß es (wörtlich), dass die betreffende Person einem Polizisten „auf die Brust geklopft“ hätte.

Dass es dennoch einigen Gruppen von AntifaschistInnen gelang, die Straße auf den Ulrichsberg zeitweise zu blockieren, stellt unter diesen Umständen einen großen Erfolg dar – auch wenn es auch dabei zu zwei Festnahmen kam.

Von den sechs vorläufig festgenommenen Personen waren Sonntag Abend alle wieder frei, gegen eine Person wurde ein Aufenthaltsverbot in Österreich ausgesprochen, das auf dem Rechtsweg bekämpft wird.

„Sicher ist, dass weder diese Repressionen, noch die Nazi-Gewalt uns davon abhalten wird, unsere Meinung auch weiterhin zu äußern: das Ulrichsbergtreffen muss weg!“ meint Josephine Broz. „Die Proteste werden weitergehen, solange in Kärnten rechte RevisionistInnen, GeschichtsfälscherInnen und Neonazis von Politik und Gesellschaft hofiert werden.“

Demo „Goodbye Ulrichsberg - Refugees Welcome!“

Schon am Freitag, 19.9. hatte es eine Demonstration „Goodbye Ulrichsberg - Refugees Welcome!“ zum Auftakt der Aktionen gegen das Ulrichsbergtreffen gegeben, die dank ca. 200 motivierten AktivistInnen zu einem großen Erfolg wurde.

Antifaschistischer Stadtspaziergang

Beim antifaschistischen Stadtspaziergang am Samstag Nachmittag fanden sich ca. 150 Personen ein. Gemeinsam wurden Orte besucht und – wenigstens kurzfristig – verändert, an denen sich der deutschnationale Konsens besonders deutlich ausdrückt wie die „Stätte der Kärntner Einheit“ im Landhaushof oder das „Denkmal für die Opfer der Partisanen“ am Domplatz. Weitere Stationen waren Plätze, an den in der NS-Zeit Menschen – Kärntner SlowenInnen, Juden und Jüdinnen und WiderstandskämpferInnen – gequält, gefoltert und ermordet wurden. Besonders gedacht wurde dem antifaschistischen Kampf der PartisanInnen, der in Kärnten/Koroška so oft verschwiegen und verleumdet wird. Die angebrachten Gedenktafeln wurden freilich fast alle von der Polizei sofort wieder entfernt.

Zeitzeuginnengespräch

In der vollbesetzten Buchhandlung Hajek fand Samstag Nachmittag das Zeitzeuginnengespräch mit Katja Sturm-Schnabl, Dozentin an der Uni Wien statt. Frau Sturm-Schnabl erzählte von der Deportation ihrer Familie, aber auch von der Rückkehr nach Kärnten/Koroška nach 1945. Geschichte, die keinen Besucher kaltließ.

Das Gespräch mit ZeitzeugInnen, die von ihren Erlebnissen und Erfahrungen erzählen, ist für den AK gegen den Kärntner Konsens ein wichtiger Bestandteil der Proteste – wird hier doch ein Teil der verdrängten und „vergessenen“ Kärntner Geschichte nachvollziehbar.

AK gegen den Kärntner Konsens,
22.09.2008,
www.u-berg.at
kontakt@u-berg.at ■

Auf den Vernehmungslisten der Staatsanwaltschaft stehen ausschließlich jüdische Namen. Dazu gehört unter anderem der frühere Direktor der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Yitzhak Arad. Formal richten sich die Ermittlungen gegen „Unbekannt“, die früheren Kämpfer sollen als Zeugen gehört werden. Dabei wird ihnen unterstellt, sie hätten Kenntnis von behaupteten Verbrechern ihrer Mitkämpfer.

Auffällig ist außerdem, dass Litauen sich bislang nicht die geringste Mühe gemacht hat, die zahlreichen einheimischen Nazi-Kollaborateure vor Gericht zu bringen. Umso mehr Eifer legt die Staatsanwaltschaft an den Tag, wenn das Ermittlungsziel in jüdischen Antifaschisten besteht. Ich teile ausdrücklich die Ansicht zahlreicher jüdischer Organisationen, darunter das Simon-Wiesenthal-Center, dass die Ermittlungen Ausdruck geschichtsrevisionistischer Tendenzen sind und den Antisemitismus in Litauen anstacheln.

Die Bundesregierung hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage dargelegt, dass die deutsche Botschaft in Vilnius einen Empfang für die frühere Partisanin Fania Yocheles Brantsovskaya – eine der vier von den Ermittlungen Betroffenen – ausgerichtet hat und sich an einer von dieser organisierten Führung durch die Überreste des jüdischen Ghettos beteiligt hat. Diese diplomatischen Signale sind richtig. Weil die Ermittlungen aber andauern, muss der Druck nun erhöht werden. Litauen muss klargemacht werden: Wer den Partisanenkampf gegen Nazibesatzer und Kollaborateure zum Verbrechen erklärt, der kann kein Partner sein. Auf EU-Ebene muss die Entscheidung, Vilnius 2009 zur „Kulturhauptstadt Europas“ zu machen, überdacht werden.“

Berlin, den 30. September 2008
Ulla Jelpke, MdB ■

Fanclub für Marine Le Pen unter Vorsitz von früherem Neonazi-Rocker

Paris. Es hätte alles so schön sein können, jedenfalls aus Sicht der Parteispitze: Da schien der drohende finanzielle Bankrott des rechtsextremen Front National (FN) soeben abgewendet. Da schien die Nachfolgefrage für den inzwischen 80-jährigen Jean-Marie Le Pen „endlich“ in seinem Sinne auf eine Klärung zuzusteuern. (Vgl. ausführlichen Artikel in dieser Ausgabe) Und dann platzt eine Negativschlagzeile frisch herein. Ausgerechnet die „Hoffnungsträgerin“ der rechtsextremen Partei, die aktuell 40-jährige Marine Le Pen, betreffend. Am vergangenen Freitag, den 3. Oktober enthüllte die linksliberale Pariser Tageszeitung ‚Libération‘, wem der Vorsitz des neuen Unterstützerclubs für die Kandidatin auf den Chefposten in der Partei – „Association Energie Bleu Marine“ (ungefähr: „Vereinigung Marineblaue Energie“) – anvertraut worden ist. Es handelt sich um niemand anderen als den früheren ultraradikalen Neonazi-Rockmusiker Robert Ottaviani, den gut eine Woche zuvor die rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute‘ interviewt und vorgestellt hatte. Daraufhin hatte ‚Libération‘ prompt zu überprüfen begonnen, mit wem man es bei ihm genau zu tun hat.

Laut der Präsentation durch ‚Minute‘ war der heute 38-Jährige von 1993 bis 96 stellvertretender Vorsitzender der rechtsextremen Partei-Jugendorganisation FNJ (Front national de la jeunesse) gewesen. Bei der Spaltung des FN 1998/99 sei er der „Dissidenten“fraktion unter Bruno Mégret gefolgt. Nach deren Misserfolg habe er zunächst die Politik aufgegeben, in die er nun zurückkehre – an der Spitze des Unterstützerclubs für Marine Le Pen, ohne aber (bisher) erneut Parteimitglied des Front National geworden zu sein. Dies bestätigt die aktuell gehegte Vermutung, dass Marine Le Pen eifrig dabei zu sein scheint, das Kaderpotenzial des gescheiterten Mégret-Parteiprojekts MNR (Mouvement national républicain) abzuschöpfen.

Doch was ‚Minute‘ nicht schrieb, setzte nunmehr ‚Libération‘ hinzu: Ottaviani war in den 1990er Jahren auch der Sänger der Neonazi-Band ‚Ultime Assaut‘ (Letzter Sturm), die aus der Skinheadbewegung hervorging. Nicht wirklich salonfähig wird man mit dieser Referenz: Die Band, die zur – unter Rechtsradikalen damals beliebten – Stilrichtung ‚Rock identitaire français‘ (RIF) gehörte, sang in einem ihrer bekanntesten Titel eine Lobeshymne auf die französischen SS-Rekruten der Truppe LVF („Legion der französischen Freiwilligen“). Diese freiwilligen Kämpfer dienten damals in der deutsch-französischen SS-Division Charlemagne (Karl der Große). Das Videoclip der Neonaziband ‚Ultime Assaut‘, in dem diese Truppe besungen und verherrlicht wird, zeigt u.a. Bilder von der Abfahrt der LVF-„Legionäre“ an die Ostfront im Jahr 1941 sowie von der öffentlichen Großveranstaltung der LVF in Paris 1942.

Auf Nachfrage von ‚Libération‘ hin dementierte Robert Ottaviani nun, dieser Band jemals angehört zu haben. Doch die Tageszeitung fand den ausdrücklichen Hinweis auf seine Zugehörigkeit zur (und seine Funktion innerhalb der) Neonaziband in früheren Ausgaben des internen Mitteilungsblatts der FNJ-Sektion im Département Essonne, im südlichen Pariser Umland, wo Ottaviani in den frühen 1990er Jahren aktiv war. Dort steht es schwarz auf weiß gedruckt.

Nun versteht man auch besser, warum Marine Le Pen jüngst in einem, am 16. September eigens veröffentlichten, Pressekommuniqué die zuvor verbreitete Kurzmeldung der Wochenzeitung ‚Minute‘ über die bevor stehende Gründung ihres Unterstützerclubs noch energisch dementiert hatte. Bei der Veröffentlichung dieser Nachricht handele es sich lediglich um den Versuch, ihr Schaden zuzufügen, hatte sie behauptet. Mutmaßlich hat sie den Skandal kommen sehen. Nun ist er da!

BhS, Paris ■

Ehrung für Esther Bejarano

Esther Bejerano bei der Begrüßung des Zugs der Erinnerung in Hamburg

Am 6. Oktober 2008, wird Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD von Bundespräsident Horst Köhler im Berliner Schloss Bellevue mit dem Bundesverdienstorden der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Zur Begründung heißt es:

Viele ihrer Familienangehörigen wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Sie überlebte, weil sie im KZ Auschwitz Aufnahme in das Mädchenorchester fand und später im Frauen-KZ Ravensbrück Zwangsarbeit leistete. Nach ihrer Befreiung wanderte sie im August 1945 nach „Erez Israel“ (Palästina) aus und kehrte 15 Jahre später in ihre Heimat zurück, wo sie sich seit langem in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes e.V. und in dem von ihr gegründeten „Auschwitz-Komitee in der BRD e.V.“ als Vorsitzende engagiert. Es ist ihr ein wichtiges Anliegen, besonders junge Menschen über den Nazi-Terror und den Rechtsextremismus aufzuklären. Wertvolle Aufklärungsarbeit leistet sie als Zeitzeugin auch mit ihren Biographien „Man nannte mich Krümel“ und „Wir leben trotzdem“.

Wir begrüßen diese Würdigung einer streitbaren Antifaschistin und freuen uns, dass zusammen mit ihr auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, den Bundesverdienstorden erhält.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Bundesvereinigung
e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.vvn-bda.de ■

Französische extreme Rechte:

Umgruppierungen und Vorbereitungen auf ein munteres Parteien-Sterben

Jean-Marie Le Pen erwägt erstmals offiziell seinen Abgang aus der aktiven Politik, und von der Spitze des Front National (FN). Eine abschließende Regelung der bislang noch umstrittenen Nachfolgefrage – in seinem Sinne – deutet sich an. Der FN könnte damit unter Umständen aus der tiefen inneren Zerrissenheit und aus der Krise, in der er seit über einem Jahr steckt, herauskommen. Dagegen scheinen die mit ihm konkurrierenden Parteigründungen, unter ihnen der MNR und die ‚Nouvelle Droite Populaire', am Abgrund einer (tödlichen?) Krise zu stehen

Auf der extremen Rechten in Frankreich dürften Einige es als gute Nachricht auffassen, andere wiederum als schlechte. Unerwartet hingegen kommt sie auf keinen Fall. Die Nachricht lautet: Jean-Marie Le Pen plant, „endlich", seinen Rückzug aus der aktiven Politik. Der rechtsextreme Politiker, der im Juni dieses Jahres das Alter von 80 erreicht hat, steht seit über einem halben Jahrhundert auf der politischen Bühne: Im Januar 1956 war er, für die antisemitisch grundierte Anti-Steuer-Protestpartei der „Poujadisten", als damals jüngster Abgeordneter ins französische Parlament gewählt worden. Nun soll Schluss ein. Allerdings erst im Jahre 2010, also nach den Europaparlamentswahlen des kommenden Jahres – beim nächsten Parteikongress des Front National (FN), den Jean-Marie Le Pen im Oktober 1972 gegründet hat und dessen Vorsitz er seither ununterbrochen innen hat. Und es soll auch nur dann Ernst werden mit seinem Abschied von der Parteispitze, wenn nicht „außergewöhnliche Umstände" ihn dazu zwingen, so Le Pen, 2012 noch einmal als Präsidentschaftsbewerber anzutreten. Es wäre seine sechste Kandidatur für das höchste Staatsamt. Dabei waren Viele in seiner eigenen Partei schon der Auffassung, dass jene von 2007 schon „die Kandidatur zu viel" gewesen sei. Laut zu sagen wagte das allerdings kaum jemand. Noch immer ist das Wort „des Chefs" beim FN quasi Befehl.

Wie sich bereits in den letzten Jahren abzuzeichnen begann, möchte Jean-Marie Le Pen unbedingt seine Tochter Marine, die seit kurzem 40 geworden ist, zu seiner Nachfolgerin küren. Unüberhörbarer denn je verkündete der alternde „Chef" dies in seinem letzten größeren Interview, das am 11. September in Valeurs Actuelles – dieses Wochenmagazin steht zwischen Konservativen und Rechtsextremen – erschien. (Vgl. http://www.valeursactuelles.com/public/valeurs-actuelles/html/fr/articles.php?article_id=3244) Er lobte darin nicht nur Marine Le Pen, die aufgrund ihres Alters „den Leuten und ihren Alltagssorgen" näher stehe als er selbst und seine Altersgenossen. Er räumte dabei auch ihren wichtigsten Rivalen verbal aus dem Wege, den Juraprofessor Bruno Gollnisch, der andere Vizepräsident der Partei neben seiner Tochter: „Bruno Gollnisch ist seit 30 Jahren da (gemeint: in der Politik). Er hat sich nicht nach vorne gedrängt, das ist vielleicht einer seiner Charakterzüge." Und das Aus für den Mann, den er noch vor drei, vier Jahren offiziell als seinen „Kronprinzen" (dauphin) dargestellt hatte.

Und noch weitere potenzielle Konkurrenten von Gewicht schieben die Le Pens zur Seite: Zu ihnen zählt der frühere Generalsekretär der rechtsextremen Partei, Carl Lang, der 2005 von seinem Amt zurücktrat. Der blonde 51-Jährige (mutmaßlicher „Thor-Gläubiger", also Neuheide in der Tradition der „rassialistischen" Nouvelle Droite) gilt als einer der Hüter der programmatischen „Orthodoxie" in der Partei, vor allem auch bezüglich ihrer rassistischen und nationalistischen Aussagen. Und er ist notorisch besorgt über eine „Modernisierung" des Parteiprogramms unter einer aufstiegsbewussten jungen Vorsitzenden Marine Le Pen, die „viel zu weit" gehen könnte. Le Pen (Vater) möchte ihm nun aber definitiv eine Kandidatur auf einem der Spitzenplätze zu den nächsten Europaparlamentswahlen verbauen: Wer „keine aktive Rolle im Parteileben" spiele, so zürnt der Gottvater-Parteivorsitzende, könne auch keinen vorderen Listenplatz erhalten. Umgekehrt hat Lang bereits angekündigt, er werde bestimmt keinen Platz als Nummer 2 oder 3 hinter Marine Le Pen auf einer der Listen zur Europaparlamentswahlen einnehmen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament bildet Frankreich – infolge der jüngsten Reform des Wahlrechts zu Anfang dieses Jahrzehnts – kein einheitliches Wahlgebiet, sondern wird in 8 Riesenwahlkreise eingeteilt. Marine Le Pen wird mutmaßlich in der erweiterten Hauptstadtregion – Ile-de-France – kandidieren. In ihrem Gepäck bringt sie, laut ersten Ankündigungen, als „Überraschungskandidaten" den Berufsprovokateur und Schriftsteller Alain Soral mit. Was nicht mehr gar so überraschend kommt: Der frühere Linke berät schon seit Februar 2006 offiziell die Le Pens, Vater und Tochter. Allerdings ist er innerparteilich heftig umstritten, u.a. weil Alain Soral der hauptsächliche Erfinder des Konzepts ist, wonach der FN sich auch an die französischen Staatsbürger/innen ausländischer Herkunft als Mitglieder einer nationalen Schicksalsgemeinschaft wenden müsse. Ihm wird von Teilen der Partei maßgeblich die Niederlage bei den Wahlen von 2007 angelastet. Alain Soral ist es auch, der den schwarzen bzw. „Mischlings"franzosen und ehemals prominenten Theatermacher Dieudonné, der seit 4 bis 5 Jahren zunehmend starke antisemitische Tendenzen an den Tag legt, erfolgreich an Le Pen und den Front National angenähert hat. Alain Soral Clubs „Egalité & Réconciliation" – „E & R", also „Gleichheit und Aussöhnung" – versteht sich darauf, die faschistischen Potenziale auch innerhalb der Migrationsbevölkerungen in Frankreich anzusprechen und auszuschöpfen. So arbeitet er neben den Dieudonné-Anhängern auch mit der Gruppierung ‚Banlieue Anti-Système' zusammen, die inzwischen mit den Anhängern des schwarzen, „ethno-zentristischen" Antisemitenführers „Kémi Séba" alias Stellio Capochichi fusioniert hat. Vgl. für einen Beleg zu ihrer Zusammenarbeit mit Alain Sorals Club „E & R": http://www.cmaq.net/node/31023) Soral gilt aber innerhalb des FN als, umstrittener, Wortführer einer „Modernisierung" des Parteiprofils – der von so manchen Parteimitgliedern des Antirassismus geziehen wird...

Laut einer Umfrage, die Valeurs Actuelles zeitgleich zum Interview mit Jean-Marie Le Pen publizierte, wünschen sich 76 % der FN-Sympathisanten Marine Le Pen zur künftigen Parteichefin, 14 % wünschen Gollnisch als Vorsitzenden und nur 7 % den persönlich eher blass wirkenden Lang. Keine guten Nachrichten für die Traditionalisten.

Spaltprodukte des FN vor dem Aus? Auf jeden Fall: im Schlamassel...

Eine bessere Zukunft, als die Parteiführung sich noch in jüngster Zeit erhoffen konnte, scheint sich für den FN abzuzeichnen. Denn seine diversen Spaltprodukte – andere rechtsextreme Parteien, die aus den wachsenden politischen Widersprüchen innerhalb des FN heraus entstanden waren – zerlegen sich derzeit aktiv selbst.

Dies gilt für den MNR (Mouvement National Républicain), der 1999 unter Bruno Mégret entstand. Sein langjähriger Vorsitzender hatte sich im Mai 2008 aus der Politik verabschiedet und sich zurückgezogen, um auf Madagaskar für ein fran-

→

zösisches Unternehmen zu arbeiten. Nun kehrte er aber zurück, um Mitte September einen Großteil des aktuellen Vorstands zu stürzen. Unter anderem wurden Generalsekretär Nicolas Bay und sein Stellvertreter Jacques Gaillard wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus dem MNR ausgeschlossen.

Ihnen wird vorgeworfen, mit Hilfe einer neuen Struktur unter dem Namen Convergences nationales (ungefähr: „Konvergierende nationale Kräfte“) eine Annäherung an Marine Le Pen einzuleiten – was vermutlich auch zutrifft. In der Tat antworteten die Betroffenen auf die Vorwürfe, die ihnen von anderen Teilen der Partei(führung) adressiert werden, auf Webpages, die offen (Marine) Le Pen unterstützen. Eine Wieder-Annäherung an ihre „Altpartei“, den Front National, ist somit tatsächlich nicht ausgeschlossen. (Vgl. http://www.nationspresse.info/?p=9271)

Infolge des jüngsten innerparteilichen Umsturzes trat ein Großteil der bisherigen Führungsmitglieder des MNR umgehend aus. Wahrscheinlich wird sich dieses Kaderpotenzial, das dem FN seit 1999 fehlte, doch noch um seine bisherige „Altpartei“ scharen – trotz des Aufstiegs der den Ideologen eher suspekten Marine Le Pen.

Auch die Nouvelle Droite populaire (NDP), die am 1. Juni 2008 als weitere Abspaltung vom und „Alternative“ zum FN gegründet worden war, zerfällt. Mitte September dieses Jahres schloss sie ihren bisherigen Generalsekretär Jean-François Touzé – einen früheren Anwärter auf die Nachfolge Jean-Marie Le Pens an der Parteispitze des FN – „mit Wirkung zum 17. September um 14 Uhr“ aus. Ihm wurden „tiefgreifende ideologische Differenzen“ vorgeworfen: Anlässlich des jüngsten Kräftemessens zwischen Großmächten im Kaukasuskrieg (August 2008) hatte er eine pro-US-amerikanische Position – mit Tönen, die an den Kalten Krieg erinnerten – bezogen, während andere Teile der NDP-Führung unter Robert Spieler hingegen ein eng an Russland angelehntes „starkes Europa“ befürworteten. In der Ausschlussbegründung werden Touzé „atlantizistische, zionistische, wirtschaftsliberale und bürgerliche“ Positionen vorgeworfen.

Viel-Parteigründer Touzé – er hat bereits mehrfach rechtsextreme Kleinparteien wie den,bedeutungslosen, aber noch existenten ‚Parti populiste‘ lanciert – gründete alsbald eine neue Organisation unter dem Namen Nouvelle Droite Républicaine (NDR). Er versucht sich an den rechten Flügel der US-Republikaner dranzuhängen und wirbt für sich auf Webpages, die eine Wahl John McCains zum US-Präsidenten favorisieren. Eine Position, die stark an jene von FN-Prominenten zur Unterstützung Ronalds Reagans in den 80er Jahren erinnert, die aber heute in der französischen extremen Rechten durchaus nicht en vogue ist.

Bernhard Schmid, Paris ■

Neue Pleite für „pro NRW“-Chef Beisicht – diesmal vor Gericht

KÖLN/LEVERKUSEN. Nach seiner Blamage mit dem „Anti-Islamisierungs-Kongress“ vom Wochenende in Köln musste „pro NRW“-Chef Markus Beisicht nun beim Amtsgericht Leverkusen die nächste Schlappe einstecken.

Der von ihm gegen den Leiter des Kölner Bauspielplatzes „baui“ Gottfried Schweitzer angestengte Prozess wegen Beleidigung endete mit folgendem Urteil: Der Antrag von Beisicht auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen Schweitzer wird abgelehnt. Beisicht muss die Verfahrenskosten tragen. Beisicht und seine Anwältin Judith Wolter von der „pro Köln“-Fraktion hatten behauptet, Schweitzer habe an einem Infostand der Rechtsradikalen in Leverkusen gerufen: „Markus Beisicht hat in der Vergangenheit Angehörige der Waffen-SS in Strafverfahren verteidigt“.

Markus Beisicht
Foto: pab/fotojournalisten.com

Tatsächlich hatte Schweitzer Besucher des Infostandes wahrheitsgemäß darüber aufgeklärt, dass Beisicht als Verteidiger einer Veranstaltung für „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ vor dem Bundesverfassungsgericht aufgetreten war.

In den Lokalberichten Köln vom 19.9. schreibt Rechtsanwalt Reinicke, der Schweitzer vor Gericht vertrat, zu dem Hintergrund des Verfahrens:

„Ein Herr O. hatte für eine Gruppierung „Initiative der weißen Art“ an der Wewelsburg eine Neonazi-Veranstaltung unter dem Motto „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ durchführen wollen, die von der Polizei erfreulicherweise verboten worden war. Der Entscheidung des VG Minden kann man die Verbotsgründe entnehmen: „In diesem Verfahren kommt wegen der besonders schwerwiegenden Provokationswirkung im Hinblick auf den Versammlungsort allein das Verbot in Betracht, ... Grundlegende soziale und ethische Anschauungen werden hier nämlich deshalb verletzt, weil eine Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts durch öffentlich bekannte Neonazis an einem Ort stattfinden soll, dem eine erhebliche Symbolwirkung hinsichtlich der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zukommt. Entgegen der Darstellung des Antragstellers ist sehr wohl maßgeblich, dass die Wewelsburg in nationalsozialistischer Zeit für Terror gestanden hat. Seine Darstellung, die Nutzung als „Quasi-Kultstätte der SS“ sei im Verhältnis zur Existenzdauer der Burg eine „statistisch vernachlässigbare Größe“, verschleiert nach Überzeugung der Kammer die wahren Motive, die zur Auswahl dieses Versammlungsortes geführt haben.

Der Bekanntheitsgrad dieses Ortes rührt nämlich daher, dass die Wewelsburg 1934 durch die SS angemietet wurde, um dort ein Zentrum der NS-Ideologie und eine Weihestätte für tote SS-Führungspersonen zu gründen. Für die Bauarbeiten verlegte die SS nach Abzug des Reichsarbeitsdienstes zunächst ein Kommando des Konzentrationslagers T. nach Wewelsburg. Schließlich wurde in der Nähe des Ortes, wo das „Festzelt“ der geplanten Versammlung stehen soll, im Jahr 1941 das Konzentrationslager „O.“ errichtet. Dort sind mindestens 1285 KZ-Häftlinge ums Leben gekommen. (.....). An einem solchen Ort die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ skandieren und verbreiten zu wollen, enthält eine nicht hinnehmbare Verhöhnung der Opfer und der Menschenwürde der Hinterbliebenen. .... Vielmehr wird im Gegenteil durch den Versammlungsort die Nähe zur Terrorherrschaft des NS-Regimes gesucht. Für diese Annahme sprechen die weiteren Umstände des Versammlungsablaufs. ..... Auch die Veranstalter und Redner sind bekannte Personen aus der rechtsextremistischen Szene. ... Die als Redner vorgesehenen Personen sind entweder ehemalige Aktivisten oder Vorsitzende von inzwischen verbotenen rechtsextremistischen Organisationen, wie etwa der FAP oder der ANS/NA.“

Gegen diese Entscheidung wurde Beschwerde eingelegt. Das OVG wies die Beschwerde zurück. Auch der Versuch von Beisicht, beim Bundesverfassungsgeericht eine einstweilige Anordnung durchzusetzen, scheiterte.

In dem Antrag gegen Schweitzer schreibt Wolter im Auftrag von Beisicht: „Für den Antragsteller als Spitzenkandidat der Bürgerbewegung pro NRW ist die Behauptung, er habe Angehörige der Waffen-SS verteidigt, ehrverletzend und geeignet ihn in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen.“

Immerhin eine interessante Einsicht. Nun fragt man sich allerdings, warum es eigentlich ehrenhafter sein soll, eine Versammlung unter dem Motto „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen zu wollen, als einzelne Mitglieder der Waffen-SS vor Gericht zu verteidigen. Vielleicht meinte Beisicht, insgesamt eine Diskussion über dieses Kapitel seiner Tätigkeit verhindern zu können.“

nrhz vom 6.10. und Lokalberichte Köln Nr. 19 ■

Nach dem – verhinderten – Kölner Rassistenkongress:

Die ideologische Gegenoffensive hat begonnen

Wie wir in der vergangenen Ausgabe ausführlich berichtet haben, konnte der durch die rechtsextreme Lokalpartei „Pro Köln“ ausgerichtete so genannte „Anti-Islamisierungs-Kongress“ am 19./20. September de facto weitgehend verhindert werden.

An den Protesten gegen ihn hatten sich mehrere Zehntausend Menschen beteiligt. Nur wenigen Anhängern der extremen Rechten war es gelungen, auf den Platz der öffentlichen Kundgebung, die den Höhepunkt des „Kongresses“ abgeben sollte – den Heumarkt in Köln – zu gelangen. Unter ihnen Aktivisten oder Sympathisanten von „Pro Köln“, der italienischen Lega Nord, des französischen MNR, der britischen BNP sowie des Vlaams Belang aus Köln. Repräsentanten des Vlaams Belang und der österreichischen FPÖ steckten zur selben Zeit zusammen mit der „proKöln“-Spitze am Flughafen Köln-Bonn fest und veranstalteten eine Pressekonferenz in einem Kellerraum unter einem Flughafengebäude.

Nun hat aber, gerade weil die Proteste so erfolgreich und weil die Rechtsextremen/Rechts„populisten“ so wenige waren, eine intensive ideologische Gegenoffensive in einem Teilbereich der öffentlichen Meinung begonnen. Dies gilt nicht nur für die extreme Rechte (dass „Pro Köln“ gegen die „Zensur“ oder „Inquisition“, deren Opfer man sei, ebenso wie gegen „unzureichenden Schutz durch die Polizei“ tobt und geifert, ist normal bzw. liegt in der Natur der Sache) – sondern auch für Stimmen aus der bürgerlichen, liberalen und konservativen Ecke.

‚Süddeutsche Zeitung‘: Wider die moralische Selbstgefälligkeit der Kölner, gegenüber dem armen verirrten „Häuflein“ Rassisten

Just aus München, wo die Sache mit dem „Kongress“ und den Protesten dagegen möglicherweise anders ausgegangen wäre, ist eine laute Gegenstimme gegen den Verlauf der Ereignisse zu vernehmen. Während auch andere Beobachter die örtliche kulturelle Färbung des Ganzen hervorheben, ohne deswegen in Abneigung, Spott, Häme oder gar Hetze zu verfallen (vgl. http://www.freitag.de/2008/39/08390102.php), kippt die Sache in einem Beitrag für den Kulturteil der ‚Süddeutschen Zeitung‘ ins Negative um.

So wird dort, angesichts des behaupteten Missverhältnisses zwischen der Zahl von 40.000 Gegendemonstrant/inn/en und nur 100 Rassisten (aber wie hätte es OHNE den massiven Protest vielleicht ausgesehen!) mokierend festgestellt:

„Und trotzdem gibt es in Köln diesen unglaublich nervigen politischen Sauberkeitsfimmel (…). Ihr eigener gerechter Zorn rührt die Herzen der anständigen Kölner sogar dermaßen, dass sie all diesen ‚Nazis‘ sofort die Fressen polieren möchten, und am besten auch noch denjenigen, die sich nicht auf sofortigen Befehl hin die No-go-for-Nazis-Buttons ans Revers stecken wollen. Die erklärt der anständige Kölner umgehend zu ‚Faschisten‘, wie die Rheinische Post berichtet. Tapfere Hausmuttis singen in Chören ironische Lieder über deutsche Muselmanenangst – ach, es kommt einem so vor, als sei diese verirrte Truppe des rechtspopulistischen Vereins ‚Pro Köln‘ ein großes neofaschistisches Hochwasser, das über Köln hereinzubrechen drohte wie nichts Gutes. Dabei waren doch da bloß ein paar kleine xenophobe Männekens an den Rhein gekommen, die sich vorher ganz fest bei den Händen gehalten und einander fest versprochen haben, ihren Restmut zusammenzukratzen und ihren Zorn über den Islam auf den Heumarkt zu tragen.“ (Vgl., für dieses Zitat wie für weitere Unfreundlichkeiten: http://www.sueddeutsche.de/kultur/968/311888/text)

Dabei ging es dem Autor – im Feuilleton – aber wohl gar nicht unmittelbar um Politik, sondern eher um einen „Stil“, den er als unangenehm empfindet. Aber es gibt auch Menschen, die mit solcherlei Eindrücken bewusste Politik betreiben.

Unter ihnen befindet sich Henryk M. Broder, Starautor der deutschen Anhängerszene der US-Neokonservativen, großer Verteidiger der US-amerikanischen und (erst recht) der israelischen Militär- und Besatzungspolitik. Der Publizist setzt die Antifa in einem Interview mit der Springerzeitung ‚Die Welt‘– darunter ging’s wirklich nicht – mit der SA gleich. Originalton: *„Die so genannte Antifa, die auf der Straße in der Überzahl war und sich gebärdete wie früher die SA, erzwang von der Polizei die Aufgabe des Schutzes der Rechtspopulisten. Das könnte auch mal umgekehrt sein - eine beunruhigende Perspektive. (…) Jeder darf eine Gegenkundgebung organisieren, aber eine angemeldete und genehmigte Demonstration muss von der Polizei geschützt werden! Hier in Köln hat sich der Staat der Macht der Straße gebeugt.“* (Vgl. dazu, wie auch zu den laut Broder „verständlichen Ängsten“ von Anwohnern irgendwelcher Menschen, zum im Kern berechtigten „Generalverdacht“ gegenüber Moslems sowie dem angeblichen „Appeasement“ - sic - gegenüber kriminellen Nordafrikanern in Berlin, die Quelle: http://www.welt.de/welt_print/article2490009/Koeln-war-eine-Kapitulation.html)

Den Vogel aber schoss, mal wieder, die zwischen konservativ-wirtschaftsliberalem Spektrum (rechtem Flügel von CDU und FDP) und Rechtsextremen angesiedelte Webpage ‚Politically Incorrect‘ alias ‚PI‘ , die von einem Sozialdarwinismusfan namens Stefan Herre aus Bergisch-Gladbach betrieben wird, ab. Sie übertrug nach Deutschland ein übles Gerücht, das zunächst durch die extremistische Moslemhasser-Seite ‚Gates of

Vienna‘ (also „die Tore von Wien“, unter Anlehnung an die osmanische Belagerung der Stadt im Jahr 1683) lanciert worden waren. Eine Behauptung, für die es nicht den leisesten Anflug eines Belegs gibt: Ein durch seine Kippa als Jude erkennbarer Bürger, der unbedingt-unbedingt-unbedingt an der Kundgebung von „Pro Köln“ hätte teilnehmen wollen, sei an den Blockadestellen der Antifa beleidigt-geprügelt-und-misshandelt worden. „Als Jude“ selbstverständlich, drunter ging’s auch hier nicht. (Vgl. http://www.pi-news.net/2008/09/koeln-faschistenschwein-mit-kippa-verpruegelt/#more-20610 und auch http://www.pi-news.net/2008/09/leserbrief-an-pi-antisemiten-in-koeln/#more-20497.)

Das Gerücht, das durch ‚PI‘ lanciert worden war, hat „Pro Köln“ selbstverständlich sofort begierig aufgegriffen. Bei der rechtsextremen „Bürgerbewegung“ liest sich das nun folgendermaßen: Was in der Stadt am Rhein gegen ihre Kundgebung abgelaufen sei, sei nichts Anderes als eine „Judenhatz in Köln“ (sic). Und wer’s nicht glaubt, möge es nachlesen: http://www.pro-koeln-online.de/artikel6/judenhatz.htm …

Diese lügenhafte Darstellung erlaubt es den Protagonisten der Rechten gleich im doppelten Sinne, in die Gegenoffensive zu gehen: Einerseits können sie sich selbst als „verfolgte Juden“ aufspielen, also sich in DIE historische Opferrolle hinein projizieren – eine pure politisch-historische Hochstapelei, auf die Rechtsextreme sich aber schon immer verstanden haben.

Zum Anderen können sie sich aber auch zu „Bekämpfern des Antisemitismus“ aufschwingen. Denn der „moderne“, philosemitisch gewendete Teil der extremen Rechten und der deutschen Konservativen – für den u.a. auch die Springer-Presse repräsentativ ist - exerziert seit Jahrzehnten vor, dass in seinen Augen jede Sauerei erlaubt ist, solange man nur „Probleme mit den Juden“ vermeidet und demonstrativ für den Staat Israel (inklusive der Schattenseiten seiner konkreten Politik, die jedoch aus Sicht deutscher Militaristen eher Lichtseiten darstellen) eintritt.

Auch anderswo versteht die extreme Rechte sich auf dieses Spiel, so gab der – unbestritten zum Teil offen antisemitische - französische Front National im April 1996 eine dicke Broschüre zum Thema „Sozialistische Ursprünge des Antisemitismus“ heraus. Ziel: Den Antisemitismusvorwurf gegen die politische Linke zu richten.

Bernhard Schmid, Paris ■

Gelöbnis kostete eine Million

Berlin. Das Bundeswehrgelöbnis vor dem Reichstagsgebäude am 20. Juli 2008 hat fast eine Million Euro gekostet. Das hat die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mitgeteilt (BT-Drs. 16/10153). Der Löwenanteil entfiel dabei auf das Land Berlin, das für den Polizeieinsatz 800.000 Euro zahlen musste. Eine Kostenerstattung ist laut Bundesregierung nicht vorgesehen. „Angesichts hoher Verschuldung und wachsender Armut ist dieser unsinnig teure Soldatenaufmarsch absolut ungerechtfertigt“, findet die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Ulla Jelpke. Ihrer Ansicht nach zeigt die Antwort auch, wie schwer sich die Bundeswehr damit tut, sich vom Rechtsextremismus abzugrenzen: „Die Bundesregierung bestätigt, dass der Rechtsextremist Alfred Mechtersheimer eine Einladung für den Großen Zapfenstreich am 26. Oktober 2005 erhalten hatte. Mechtersheimer ist seit den 90er Jahren in der so genannten ‚Deutschland-Bewegung‘ aktiv. Die Bundesregierung beteuert: ‚Die Einladung erfolgte ausschließlich auf Grund seiner Eigenschaft als ehemaliges ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses.‘ Dieser Rechtfertigungsversuch geht nach hinten los. Selbst der Verfassungsschutz schätzt Mechtersheimer schon seit fünf Jahren als Rechtsextremisten ein. Da wirkt es wie Hohn, wenn die Bundesregierung behauptet, es seien ‚Kontrollmechanismen eingerichtet, die die Teilnahme von Extremisten an Veranstaltungen der Bundeswehr unterbinden sollen.‘ Diese Mechanismen haben offenbar versagt. Anfrage und Antwort können unter www.ulla-jelpke.de herunterladen werden. ■

Gemeinsames Handeln verhinderte europäisches Rassistentreffen

Die friedliche und gewaltlose Verhinderung des von der extrem rechten und rassistischen Partei Pro Köln und ihren braunen politischen Freunden aus dem In- und Ausland organisierten und großmäulig als europäischer „Anti-Islamisierungskongress“ bezeichneten Treffens durch ein breites antifaschistisches Bündnis war ein großer Erfolg für alle Demokrat(inn)en weit über Köln und das Rheinland hinaus.

Entscheidend für diesen Sieg ist die Tatsache, dass es gelungen ist, weit vor dem 20.9. ein Klima der Ablehnung der rechten Zusammenrottung zu erzeugen, dass weit in die politische Mitte reichte.

Dieses Klima gegen rechts, dem sich in den Wochen vor dem geplanten Kongress weder die Lokalpresse noch Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) verschließen konnte, bewegte zehntausende von Menschen dazu, sich den Rassisten in den Weg zu stellen. Sie wählten dabei Aktionsformen, die ihren jeweils eigenen Vorstellungen entsprachen, aber alle das Ziel hatten, das Treffen der europäischen Rechten unmöglich zu machen. Dazu zählte die gemeinsame Blockade des Veranstaltungsortes durch ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen ebenso wie Kundgebung und Demonstration unter dem Motto „Wir stellen uns quer!“ und das Konzert Kölner Musiker(innen). All diese Aktionen, die unterschiedliche Formen aber ein gemeinsames Ziel hatten, und an denen sich zehntausende beteiligten, sorgten dafür, dass es der Kölner Polizei nicht möglich war, den Rechten den Weg bahnen – sie mussten die geplante Kundgebung auf dem Heumarkt verbieten.

Einen Schatten auf den gemeinsamen Erfolg wirft allerdings das Verhalten der Polizei nach dem Verbot der Kundgebung. Während sie sich im Lauf des Tages von einigen unnötigen Provokationen abgesehen, weitgehend zurückhielt, kesselte sie nach Auflösung der Blockaden unter dem Vorwand, es sei zu Ausschreitungen gekommen, mehrere hundert Demonstant(inn)en ein, um sie zu einer Gefangenensammelstelle mehrere Kilometer außerhalb Kölns zu transportieren. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Kinder und Jugendliche.

Nach übereinstimmenden Aussagen von Menschen, die festgenommen wurden und Anwälten waren die Bedingungen in der Gefangenensammelstelle Brühl menschenunwürdig. Wir protestieren gegen die Massenfestnahmen und verlangen eine Überprüfung der Vorfälle und gegebenenfalls rechtliche Konsequenzen gegen die Verantwortlichen.

Insgesamt hat der Verlauf der antifaschistischen Aktivitäten und ihr Erfolg gezeigt, dass bei einem breiten Widerstand, der bei allen unterschiedlichen Formen einig im Ziel ist, die Rechten aufzuhalten sind.

Wir danken deshalb allen Beteiligten und fordern sie auf, auch weiterhin wachsam zu bleiben. Pro Köln kündigt bereits heute an, den Rassistenkongress, der am 20.9. verhindert werden konnte, wiederholen zu wollen. Sollen sie’s versuchen – gemeinsam werden wir diese Pläne so oft verhindern wie nötig!

VVN/BdA Köln ■

Tag des Flüchtlings und Tag der Einheit 2008

„Stoppt das Sterben an den europäischen Außengrenzen! Menschenrechte achten – Flüchtlinge schützen“ Unter diesem Motto steht der diesjährige Tag des Flüchtlings. Dieser findet im Rahmen der Interkulturellen Woche bundesweit am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, statt. In den über 3.000 Veranstaltungen befassen sich viele Initiativen und kirchliche Gruppen mit einem der traurigsten und drängendsten Probleme der europäischen Flüchtlingspolitik: dem Sterben an den Grenzen Europas.Monat für Monat spielen sich dort Tragödien ab. Unzählige Menschen kommen bei dem Versuch ums Leben, in der Europäischen Union Schutz, Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen zu finden. Seit dem Mauerfall im Jahr 1989 wurden über 10.000 Tote an den neuen Mauern um Europa gezählt - die Dunkelziffer ist hoch. Allein im Monat August 2008 ertranken mindestens 270 Migranten und Flüchtlinge beim Einreiseversuch.

PRO ASYL erinnert im Zusammenhang mit dem Tag der deutschen Einheit: Die Freude über den Fall der Mauern, die Europa trennten, war damals auch verbunden mit der Hoffnung, dass im neuen Europa keine menschenfeindlichen Grenzanlagen mehr aufgebaut werden. Angesichts des tausendfachen Todes dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass in Europa die Friedhöfe an den Außengrenzen jeden Tag größer werden. Die zahlreichen Veranstaltungen zum Thema „Stoppt das Sterben an den europäischen Außengrenzen“ zeigen, dass immer mehr Menschen in Deutschland und Europa nicht mehr bereit sind, den Preis der europäischen Abwehrpolitik zu ertragen.

PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V. ■

Demonstration gegen Sierra Leone-Abschiebeanhörungen

HAMBURG. Etwa 120 Menschen, davon mehr als die Hälfte afrikanische Flüchtlinge, demonstrierten am 17.9. in der Hamburger Innenstadt gegen die Abschiebeanhörungen durch eine Delegation aus Sierra Leone, die seit Montag in der Wandsbeker Witthöfftstr. 5 stattfinden (siehe auch die Presseerklärung dazu auf www. fluechtlingsrat-hamburg.de). Sogar aus Berlin waren 27 Flüchtlinge mit von der Sierra Leone-Organisation angemieteten Kleinbussen gekommen. Sie brachten Trommeln und Musik mit. Lautstark und mit vielen Parolen gegen Abschiebungen, für Bleiberecht und gleiche Rechte für alle zog die Demo vom Hauptbahnhof zur Innenbehörde und weiter vor das Büro der Grünen, die dafür kritisiert wurden, dass sie die Abschiebeanhörungen im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung mittragen. Dann ging es zur Abschlusskundgebung am Gänsemarkt.

Kritisiert wurde auch die Korruption und Kollaboration afrikanischer Regierungen, die für Geld von deutschen und EU-Behörden, das sie in ihre Taschen stecken, an der Abschiebung ihrer Landsleute mitwirken. Es wurde dazu aufgerufen, gemeinsam – Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge, in Deutschland und international – gegen Abschiebungen, Rassismus und Diskriminierung zu kämpfen.

Besonders makaber ist, dass der größte Teil der von den Vorladungen betroffenen Flüchtlinge schon mehr als zehn Jahre in Deutschland lebt und eigentlich einen Anspruch auf Bleiberecht haben müsste. Für sie, aber auch für alle anderen Flüchtlinge und MigrantInnen wurde ein bedingungsloses Bleiberecht sowie weltweite Bewegungsfreiheit gefordert, so wie es EuropäerInnen selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen.

Der Demonstration schlossen sich auch einige Flüchtlinge an, die zufällig in der Innenstadt waren. Ein Passant fragte, ob dies noch „das Camp“ sei? Offensichtlich hat das Antirassismus- und Klimacamp, das vom 16.-24.08.08 in Hamburg stattfand, bleibende Eindrücke in der Stadt hinterlassen!

Die Abschiebeanhörungen, zu denen über 280 Flüchtlinge aus mehreren Bundesländern vorgeladen sind und die im Rahmen des „Return“-Programms der EU stattfinden, dauern in Hamburg noch bis zum 19.9.08. Allerdings kam bisher nur etwa die Hälfte der Vorgeladenen zu den Anhörungen. Organisationen der Sierra LeonerInnen, GuineerInnen sowie der Flüchtlingsrat und das Café Exil riefen zum Boykott auf und sind jeden Tag mit einer Mahnwache vor Ort, um mit Betroffenen zu diskutieren.

Viele Flüchtlinge, auch aus Hamburg, wurden allerdings zwangsweise vorgeführt, sei es aus (Abschiebe-)Haft oder indem sie von Polizei aus ihren Unterkünften abgeholt wurden. Nächste oder übernächste Woche soll die Delegation in Karlsruhe Abschiebeanhörungen durchführen. Wir hoffen, dass es auch dort Proteste geben wird!

Conni Gunßer, Hamburg, 18.09.2008 ■

Menschen in Not helfen!

HAMBURG. Die Ärztekammer Hamburg informiert in einem neuen Faltblatt Ärztinnen und Ärzte über Rechtslage und Möglichkeiten der Kostenerstattung, wenn sie illegal in Hamburg lebende Patienten behandeln. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg und Menschenrechtsbeauftragter der Bundesärztekammer, fordert außerdem eine politische Lösung zur besseren Versorgung dieser Menschen.

Wenn Menschen ohne Papiere krank werden, führt das oft zu großen Problemen: Frauen bringen unter riskanten Umständen Kinder auf die Welt, weil sie wegen drohender Abschiebung nicht zur Vorsorge gehen und sich schon gar nicht

Anzeige

in ein Krankenhaus trauen. Andere verzögern eine notwendige medizinische Behandlung so lange, bis sie als Notfall in der Klinik landen – Abschiebung inklusive? Medizinern ist die Problematik zwar oft bekannt, aber es herrscht Unsicherheit, wie sie sich verhalten müssen. Montgomery appelliert an Hamburger Ärztinnen und Ärzte, Flüchtlinge, die sich ohne Papiere in Hamburg aufhalten, zu behandeln.

Bisher kann die Zahl der Betroffenen nur geschätzt werden. Die Zahlen schwanken bundesweit zwischen 500.000 und 1 Million Pastorin Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche (NEK) und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Grundrechte der Ärztekammer Hamburg, geht von 10.000 bis 100.000 Personen in Hamburg aus. Sie spricht von einer hohen Anzahl an Menschen, die in Not geraten und sich an Kirchengemeinden und Beratungsstellen wenden und unterstützt die Forderungen der Ärztekammer. „Es gibt jetzt schon viele Ärzte, die in solchen Situationen Patienten unentgeltlich behandeln. Wir freuen uns über diese Kolleginnen und Kollegen, die in Praxen und Kliniken schnell und unbürokratisch helfen. Aber es darf nicht sein, dass die Politik sich auf der Hilfsbereitschaft der Ärztinnen und Ärzte ausruht. Wir fordern daher klare Regelungen für die Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere“, so Montgomery. Eine Finanzierung der medizinischen Versorgung ausschließlich über Spenden und ehrenamtliche Hilfen sei kaum möglich. Er schlägt vor, auf politischer Ebene Lösungsmodelle zu diskutieren und umzusetzen, wie beispielsweise die Fondslösung aus den Niederlanden.

Hamburger Ärztekammer, 11.9.2008 ■

Abschiebung im Morgengrauen

OLDENBURG. Wie erst jetzt bekannt wurde, ist am Dienstag, 16.9. morgens zwischen 5.00 und 6.00 Uhr in Sandkrug/Gemeinde Hatten eine 4-köpfige kurdische Familie von der Polizei aus der Wohnung geholt und nach Syrien abgeschoben worden.

Opfer der Aktion waren das Ehepaar Fawzi Jafar und Fatma Wakass mit ihren Söhnen Nagwan 12 Jahre und Siya, 5 Jahre. Die Familie lebte seit 9 Jahren in Deutschland, seit 8 Jahren in Sandkrug in einem 4-Familienhaus, Lilienweg 11. Der jüngere Sohn ist in Deutschland geboren. Die Eltern, besonders die Mutter, waren im Ort vielen Leuten bekannt, Frau W. beteiligte sich an verschiedenen kommunalen Aktivitäten, z. B. vom Kindergarten veranstalteten Basaren oder Veranstaltungen der Kirche. Der Vater hatte eine Zeit lang eine Beschäftigung in einer Gärtnerei. Wegen eines komplizierten Beinbruchs musste er diese Beschäftigung aufgeben. Der ältere Sohn besuchte die 5. Klasse der örtlichen Realschule.

Über die Vorgänge, die dem Ereignis vorausgingen, konnten wir nur erfahren, dass die Familie – wie zur Zeit alle syrischen Kurden mit Duldungsstatus – von der Ausländerbehörde aufgefordert worden war, sich bei der syrischen Botschaft neue Papiere zu besorgen. In der Hoffnung auf ein Bleiberecht, waren die Jafars dieser Aufforderung nachgekommen. Ob sie dabei auch ihren Kölner Anwalt zu Rate gezogen haben, ist zur Zeit noch unklar.

Am Tag vor der Abschiebung war das Ehepaar jedenfalls noch zu einer Untersuchung beim Gesundheitsamt bestellt worden.

Syrien ist ein Land mit immer noch eklatanten Menschenrechtsverletzungen und einer besonderen Diskriminierung von Kurden (vgl. Bericht von amnesty international). Hinzu kommt die Verschlechterung der Lebensbedingungen durch über eine Million irakischer Flüchtlinge.

All diese Gründe hinderten die Ausländerbehörde des Landeskreises Oldenburg nicht, Herrn und Frau Wakass und die beiden Kinder, in einer Nacht- und Nebelaktion festzusetzen. Die Behörde folgt dem bekannten harten Kurs des Bundesinnenministers (Abschluss eines Rückführungsabkommens mit dem syrischen Staat) und des Nieders. Innenministers Schünemann.

In einer Zeit, da in der Öffentlichkeit für Integration und Fairness gegenüber Ausländern geworben wird, ist ein derartig brutales Vorgehen ein Schlag für alle, – Deutsche wie Ausländer – die sich um Verständnis füreinander bemühen. Es verletzt jedes Gefühl von Gerechtigkeit. Ein Schlag ist dieses rabiate Vorgehen vor allem für die Familie selber: Wie Verbrecher müssen sich Menschen behandelt fühlen, die noch in der Nacht – wie anzunehmen ist: aus dem Schlaf – aus der Wohnung geholt und in ein Auto verfrachtet werden – Nachbarn hörten sie um Hilfe schreien.

Menschen, die selber gegenüber den Mitbürgern aus dem Ort und auch gegenüber den Behörden offen waren – sonst wären sie ja der Vorladung des Ausländeramtes mit der Aufforderung, sich einen syrischen Pass zu beschaffen, nicht gefolgt – wurden getäuscht, gedemütigt.

Die Älteren mag das an finstere Zeiten der deutschen Vergangenheit erinnern, bei vielen Verunsicherung gegenüber unserem Rechtssystem erzeugen, bei nicht wenigen Ohnmachtsgefühle oder neuen Hass.

Quelle: Presseerklärung Arbeitskreis Asyl Oldenburg ■

Demonstration gegen das Ausreisezentrum in Trier

TRIER. Am Samstag den 6.9.08 trugen ca. 100 Menschen ihren Unmut gegen das Ausreisezentrum Trier auf die Straße und forderten die Schließung. Forderungen wie „Ausreisezentrum abschaffen“ und „Solidarität statt Repression“ standen auf

den Schildern und Bannern der rund hundert Trierer Bürgerinnen und Bürger, die sich an der Demonstration beteiligten. Von Trommeln begleitet zogen die Demonstranten vom Hauptbahnhof über die Porta Nigra bis nach Trier Nord in die Dasbachstraße zur sogenannten Landesunterkunft für Ausreisepflichtige.

„Niemand flieht ohne Grund!“ erklärt Lydia Tomaschowski vom Multikulturellen Zentrum Trier e.V. Im Ausreisezentrum befinden sich Flüchtlinge, die keine Chance auf Asyl haben und nicht abgeschoben werden können, da ihre Identität ungeklärt ist. „Die Zustände im Ausreisezentrum sind untragbar“, erläutert Maria Kronenberg vom Arbeitskreis Asyl der Arbeitsgemeinschaft Frieden. Die Wände seien schimmelig, die Inneneinrichtung unhygienisch, in den kargen 6-Bett-Zimmern sei eine Privatsphäre undenkbar. Zudem herrsche ein Arbeitsverbot, was die dort lebenden Menschen vom sozialen und kulturellen Trierer Stadtleben ausschließt.

Dieser Meinung ist auch Daniel Neumann von der Gruppe „Passierschein A38 – Super, wir bewegen uns!“. Er verlangt in seinem Redebeitrag ein „Umdenken in der Europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik“. „Unser Wohlstand wird auf der Armut von Entwicklungsländern aufgebaut. Wir fordern Europa auf, sich seiner Verantwortung dafür zu stellen. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge“.

Zudem stehe es jedem Bundesland frei, ob es ein Ausreisezentrum betreibe oder nicht.

Deshalb fordert Tamara Breitbach von den Jusos Trier die Landesregierung auf, ihre Abschiebepraxis zu ändern. „Das Ausreisezentrum Trier und der Abschiebeknast Ingelheim gehören abgeschafft“ gibt sie vor der Porta Nigra kund. Applaus von den Demonstranten, Touristen und Passanten vor dem Wahrzeichen Triers.

In der Dasbachstraße angekommen, nutzten die Demonstranten bei einem gemeinsamen Essen mit den Flüchtlingen die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und sich auszutauschen. Die Organisatoren – die Gruppe „Passierschein A38“ und das Multikulturelle Zentrum Trier e.V. zeigten sich sehr zufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung. „Wir hoffen, mit dieser friedlichen Demonstration unserem Ziel einen Schritt näher gekommen zu sein: Das Ausreisezentrum Trier muss geschlossen werden“, so Neumann. „Nur so kann das Menschenrecht auf Asyl verwirklicht werden“.

http://www.passierschein-a38.de.vu ■

Bahn frei für Respekt und Mut

DÜSSELDORF. „Freie Bahn für Respekt und Mut“ – das ist seit August Programm in der Landeshauptstadt NRWs. Und damit es jeder mitkriegt, fährt seitdem die „Respekt und Mut“-Straßenbahn durch Düsseldorf. Auf ihr steht, wo es mit „Respekt und Mut“ langgeht: die Düsseldorfer Beiträge zur interkulturellen Verständigung laden zu über 50 Veranstaltungen ein. „Respekt und Mut“ setzt sich für das Zusammenleben von und die Verständigung zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten in Düsseldorf ein. Das Programm umfasst Theater, Comedy, Musik, Information und Ausstellungen. „Respekt und Mut“ rückt das Zusammenleben von EinwohnerInnen Düsseldorfs in den Mittelpunkt, die aus vielerlei Ländern an den Rhein gekommen sind und die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben. Unter dem Dach von „Repekt und Mut“ sind in diesem Jahr 33 Initiativen, Organisationen und Einrichtungen zusammengekommen und gestalten das Programm. Mit dabei sind der Düsseldorfer Appell, Gewerkschaften, Volkshochschule, Polizei, Kirchen, Zakk, Ausländerbeirat, Diakonie, Caritas, Vereine wie Binational oder Mosaik, das Interkulturelle Migrantinnenzentrum, das Jugendamt wie auch das Junge Schauspielhaus, um nur einige zu nennen.

Infos unter: www.respekt-und-mut.de
Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt September 2008“ ■

Offener Brief an die Innenministerkonferenz 2008 zum Weltkindertag 2008

Parallel zu der Innenministerkonferenz, die von Donnerstag, dem 20.11.2008 bis Freitag, dem 21.11.2008 in Potsdam stattfindet, veranstalten die Jugendlichen ohne Grenzen (JoG), eine Gegenkonferenz. Aus ganz Deutschland werden junge Flüchtlinge kommen. Im Offenen Brief an die Innenminister heißt es:

„Wir nehmen uns den Tag der Kinderrechte als Anlass, um auf unsere Lage aufmerksam zu machen, denn genau um diese geht es: Bis zum heutigen Zeitpunkt hat die BRD die UNO-Kinderrechtskonvention nicht vorbehaltlos ratifiziert. So werden Vielen von uns elementare Grundrechte verweigert.

Auch die Bleiberechtsregelung hat unsere Erwartungen immens enttäuscht.

Geduldete müssen immer noch unter unmenschlichen Verhältnissen leben und sind den täglichen Schikanen der Behörden ausgeliefert.

Viele von uns sind akut von der Abschiebung bedroht. So lange die Asylpolitik der BRD uns keine Lebensperspektiven bietet, werden wir weiter aktiv bleiben. Darum demonstrieren wir am 20. November zusammen mit vielen anderen Initiativen für ein Bleiberecht ohne Ausgrenzung und für die UNO-Kinderrechte. Denn die großzügige Umsetzung des Bleiberechts war und ist überfällig und lange angemahnt!!!

Doch die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker der Bundesrepublik Deutschland scheint leider nicht gewillt zu sein, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik zu betreiben. Durch die zahlreichen Proteste und Aktionen für das Bleiberecht, ist es gelungen, die Innenministerkonferenz im November 2006 in Nürnberg zu einem ersten Schritt zu bewegen.

Die Innenminister haben sich zu einer Regelung durchgerungen, die aber leider nur viel zu wenigen Menschen zu einem Bleiberecht verhilft.

Des weiteren wurde von Politikern der großen Koalition im Jahre 2007 im Rahmen des Zuwanderungsgesetz „ein bisschen Bleiberecht“ beschlossen.

Doch leider fehlt weiterhin der politische Wille, einen sofortigen umfassenden Abschiebestopp zu verhängen, ein ganzes Bleiberecht zu verabschieden und umzusetzen, sowie endlich die Kinder- und Menschenrechte auch in der Bundesrepublik ernsthaft und vollständig zu respektieren.

Deshalb fordern wir von Ihnen, den Appell der Kinder und Jugendlichen, der schon seit 2005 an die Innenministerkonferenzen in Stuttgart, Karlsruhe, Garmisch-Partenkirchen und Nürnberg und den Bundestag gerichtet wurde, endlich vollständig umzusetzen.

September 2008,
JOG-Vernetzungstreffen, Potsdam
gez. Rola Saleh (JOG - Sachsen),
Rachima Magamaj (JOG - Thüringen),
Rebar Hama-Saleh (JOG - Bayern),
Mohammed Youni (JOG - Berlin-Brandenburg

Wichtige Termine:
19.11.2008, 20:00 Uhr, Galaabend zur Wahl des Abschiebeministers mit prominenten Gästen
20.11.2008, 17:00 Uhr, Demonstration am Potsdamer Hauptbahnhof am Tag der Kinderrechte

Unsere Aktionen werden unterstützt von: GRIPS Theater, Aktionsbündnis Hiergeblieben!, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., Naturfreundejugend Deutschland und vielen anderen.

Demonstrationsaufruf, Anmeldungen und Informationen zur Konferenz und den geplanten Aktionen unter:
http://www.jogspace.net/ ■
Quelle: http://www.hier.geblieben.net/ - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org

Flüchtlingsschutz verbessern: UNHCR fordert Umdenken der EU

PARIS. Der UN-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres hat an die EU-Mitgliedstaaten appelliert, ihre Flüchtlingspolitik zu überdenken.

An die für Asyl und Migration verantwortlichen Minister der EU-27 gewandt, unterstrich Guterres am 7. September 2008 in Paris, dass das gemeinsame europäische Asylsystem „der ganzen Welt als Vorbild dienen“ könnte, wenn es tatsächlich den Schutz von Flüchtlingen garantiere. Die Minister-Konferenz zu Asyl tagte →

auf Einladung der französischen EU-Präsidentschaft.

Für Guterres sind die Bemühungen um den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Asylsystems ein „ehrgeiziges und beispielloses Unterfangen“ und eine „einzigartige Gelegenheit, den Flüchtlingsschutz zu stärken“. Aufgrund der unzähligen Hindernisse an den europäischen Grenzen sähen sich viele Betroffene gezwungen, sich in die Hände von Schleppern und Menschenschmugglern zu begeben.

Über 80 Prozent der Flüchtlinge auf der Welt haben mittlerweile in Entwicklungsländern Zuflucht gefunden. „Europa“, so Guterres, „kann und muss mehr tun“.

Weitere Informationen zum Thema Flüchtlingsschutz gibt es unter: www.unhcr.de

Quelle: Publikation „Forum Migration Oktober 2008“ ■

Gemeinsam für Toleranz: NGG startet Initiative gegen Rechts

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus Farbe bekennen – dies ist das Ziel der Initiative, die die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) zusammen mit dem Arbeitgeberverband Nahrung und Genuss im Sommer startete.

Grund zum Handeln war die Einschätzung, dass Rechtsextremismus und Fundamentalismus längst keine Randthemen mehr sind, sondern sich auch in der Mitte der Gesellschaft finden. „Die Gewerkschaft NGG und die Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss stellen gemeinsam besorgt fest, dass in Deutschland Menschen zunehmend wegen Herkunft, Religion, Geschlechts oder sexueller Orientierung diskriminiert werden.

Solche Diskriminierungen sind kein Randproblem; sie sind weder jugendspezifisch noch regional auf Ostdeutschland begrenzt. In einer Migrationsgesellschaft wie der deutschen, in einer Gesellschaft, in der sich Werte schnell verändern, müssen die Menschen besonders tolerant miteinander umgehen. Rassistische Äußerungen und Gewalttaten, so genannte Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus haben hier keinen Platz, wie sie auch nirgendwo anders etwas zu suchen haben!“ so heißt es auf der Homepage der Initiative, www.gemeinsam-fuer-toleranz.de.

Nicht nur Gesellschaften, sondern auch Unternehmen werden internationaler. So arbeiten in den Betrieben der Nahrungsmittelbranche Menschen aus allen Ländern, unterschiedlicher Religionen, Frauen und Männer zusammen. Für eine solche Zusammenarbeit sind gegenseitiger Respekt und Toleranz notwendig.

Auch in den Unternehmen der Ernährungswirtschaft haben Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung nichts zu suchen. Dies wollen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband durch die Gründung von „Gemeinsam für Toleranz“ deutlich machen.

Die Initiative fordert alle DemokratInnen dazu auf, sich gegen jede Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus wie gegen alle anderen Formen der Diskriminierung zu stellen. Politische Verantwortungsträger und alle BürgerInnen sollen „Gesicht zeigen“ für mehr Demokratie und Toleranz in Deutschland und Europa.

Über die Homepage werden Wege aufgezeigt, wie ein tolerantes Miteinander in der Arbeitswelt möglich wird. Personalbüros und Betriebsräte finden Unterstützung und Materialien, um vor Ort in den Betrieben ein Klima der Toleranz zu schaffen.

Auf der Seite finden sich ebenso Hintergrundinformationen zu rechtem Denken, rechten Codes und zu rechter Musik, wie beispielhafte Betriebsvereinbarungen und Aufrufe, mit denen ein gleichberechtigtes Miteinander praktisch im Betrieb verankert werden kann.

Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt September 2008“ ■

Gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern teilweise katastrophal

HANNOVER. Als verlogen hat die Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag die Ankündigung von Integrationsminister Uwe Schünemann bezeichnet, sich für eine bessere Gesundheitsförderung von Migranten-Kindern einsetzen zu wollen. „Schünemanns Auffassungen haben mit der Realität nichts zu tun.“, sagt die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann, heute (Freitag) in Hannover. Die gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern und illegal in Deutschland lebenden Menschen sei katastrophal und werde durch die Sonntagsreden des Ministers nicht besser.

„Den Betroffenen wird eine optimale Gesundheitsversorgung per Gesetz verwehrt“, kritisiert Zimmermann. Im Asylbewerberleistungsgesetz sei geregelt, dass sie nur dann behandelt werden, wenn sie akut erkrankt sind oder Schmerzen haben. Chronische Krankheiten blieben unbehandelt, Zahnersatz erhielten die Betroffenen nur, wenn dies aus medizinischen Gründen unaufschiebbar sei.

„Besonders zynisch sind deshalb Schünemanns Zurechtweisungen an die Zugewanderten, die Kinder haben. Der Integrationsminister hatte erklärt, Zuwanderer-Kinder litten überproportional oft an Übergewicht, weshalb deren Eltern eine besondere Verantwortung hätten“, sagt Zimmermann. Notwendig sei vielmehr, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und alle Asylbewerber vollständig gleich zu behandeln, betonte Zimmermann.

Quelle: linksfraktion-niedersachsen ■

Irakische Flüchtlinge: Bundesregierung muss handeln

BERLIN. Die Frage der Aufnahme irakischer Flüchtlinge duldet keinen Aufschub mehr. Deutschland besitzt die nötige Infrastruktur, um sehr kurzfristig die ersten Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten des Iraks aufzunehmen. Bundesinnenminister Schäuble spricht nunmehr nur noch von 10.000 Aufnahmeplätze in der gesamten EU, die irgendwann zur Verfügung gestellt werden. Allein Deutschland wäre aus der Sicht von PRO ASYL in der Lage, sofort Flüchtlinge in dieser Größenordnung aufzunehmen. Eine Aufnahmequote der 27 EU-Mitgliedsstaaten von 10.000 Flüchtlingen ist traurig und beschämend.

Das ständige Hinauszögern und das Kleinreden der notwendigen Aufnahmeplätze muss aufhören. Humanität bedarf keines Beschlusses aller EU-Innenminister. Dieser „Club der Unwilligen“ möchte weiterhin die millionenfache Flüchtlingstragödie vor der eigenen Haustür aussitzen. Das Gebot der Stunde ist, den vielen warmen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Bundesinnenminister Schäuble spricht seit Monaten von der notwendigen Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge. Was hindert ihn und die Bundesregierung, nun endlich ein Zeichen zu setzen und zu handeln?

Das Bundesinnenministerium hat in seinem Positionspapier im Frühsommer die Dramatik und die Notwendigkeit eines großzügigen Aufnahmeprogramms hinreichend beschrieben.

Die katastrophalen Lebensbedingungen für die über zwei Millionen Flüchtlinge in Syrien und Jordanien haben sich seitdem nicht geändert – die Sicherheitslage im Irak ist weiterhin alarmierend. Mehrere Hunderttausend Flüchtlinge sind Angehörige religiöser Minderheiten, für die es auf unabsehbare Zeit keine Rückkehrmöglichkeit in den Irak gibt..

Bis heute hat jedoch Deutschland dem UNHCR keinen einzigen Resettlementplatz für irakische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.

Die beiden großen Kirchen, Politikerinnen und Politiker aus allen Parteien, viele zivilgesellschaftliche Initiativen treten für die sofortige Installierung eines großzügigen Flüchtlingsaufnahmeprogramms ein.

PRO ASYL appelliert eindringlich an die Bundesregierung, als großes und gewichtiges Land in der EU unverzüglich mit der Umsetzung des eigenen Konzeptes zu beginnen und irakische Flüchtlinge aufzunehmen.

gez. Karl Kopp Europareferent
Presseerklärung 25. September 2008
Pro Asyl - flucht@nds-fluerat.org ■

„Es ging wie am Schnürchen ...“

Das mörderische Finale des Zweiten Weltkrieges – Blutorgie der Nazis

„Der deutsche Faschismus, sein unvermeidliches Ende vor Augen – auch wenn viele seiner Anhänger es noch nicht wahrhaben wollten – verhielt sich wie ein tödlich verwundetes Raubtier, das vor seinem Ende noch einmal mit voller Wucht um sich schlägt“, konstatiert der Dortmunder Journalist Ulrich Sander im Vorwort dieser Nachzeichnung der Blutspur, die das Regime in den letzten Tagen des Krieges quer durch Deutschland zog. Dabei erhebt der Autor mit dieser auf 190 Seiten gedrängten Chronik keinen Anspruch auf Vollständigkeit bei der Darstellung der Dimensionen dieser Orgie von Gewalt, des mörderischen Finales, dieses kaum zu erfassenden Blutrauschs während der letzten Kriegstage. Bestürzend zu lesen, wie die Maschinerie des Regimes mit seinen Geburtshelfern und Anhängern, „die es noch nicht wahrhaben wollten“, bis zum bitteren Ende funktionierte.

Sander konstatiert über seinen Forschungsgegenstand: „So grausig das Thema ist, so unerschöpflich ist es.“ Was einer der Vollstrecker Jahre später im Dortmunder Rombergpark-Prozess aussagte, galt für den Ablauf im ganzen Restdeutschland „Es war wie ein Karussell, es ging wie am Schnürchen, es klappte alles tadellos.“

Herausgeber dieses Buches ist das in Dortmund ansässige Internationale Rombergparkkomitee, dessen Mitglied Sander, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), ist. So widmet sich ein Großteil der Untersuchung dann auch jenen zehn Massakern, die von der Gestapo und der SS in der Zeit vom 8. März bis zum Eintreffen der Amerikaner am 12. April 1945 in Dortmund und der näheren Umgebung verübt wurden. Dabei wurden auf Anweisung aus dem Reichssicherheitshauptamt und konkretisiert durch Befehle des zuständigen Gauleiters der NSDAP Albert Hoffmann über 300 in- und ausländische Gegner des Regimes aus den Haftanstalten, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager geholt, im Rombergpark und in der Bittermark in Serie – „wie am Schnürchen“ – mit Genickschuss ermordet und in Bombentrichtern verscharrt. Ein Augenzeuge berichtet: „Den Männern waren die Hände mit Stacheldraht auf den Rücken gebunden, den Frauen und Mädchen, ebenfalls mit Stacheldraht gefesselt, waren die Hände auf den Leib gebunden.“

Sanders Anliegen ist es nachzuweisen, dass es sich bei den Dortmunder Mordaktionen um keine Einzelfälle im „mörderischen Finale“ handelt. Zahlreiche Einzelforschungen und eigene, hier in solcher Dichte erstmals zusammengefasste Recherchen führen den Leser an rund 90 Tatorte von Kriegsendverbrechen. Die begangenen Untaten reichten von der Ermordung des von den Amerikanern nach der Befreiung Aachens eingesetzten Oberbürgermeisters durch fanatische Mitglieder des „Werwolfs“ am 25. März 1945 über die Massenexekution von rund 1000 KZ-Häftlingen in Isenschnibbe bei Gardelegen am 11. April 1945 bis hin zur Erschießung von 131 italienischen Militärinternierten am 23. April 1945 in Treuenbrietzen, die als Zwangsarbeiter in der dortigen Munitionsfabrik arbeiten mussten.

Das alles lief exakt nach den Plänen der Reichsführung ab, die Propagandaminister Josef Goebbels am 21. April 1945 in die Formel gekleidet hatte: „Wenn wir abtreten, dann soll der Erdkreis erzittern.“ So lautete denn auch eine „Geheime Reichssache vom 2. Januar 1945“, dass in allen sich zeigenden Fällen von Anzeichen einer umstürzlerischen Tätigkeit „unter ausländischen Arbeitern und auch ehemaligen deutschen Kommunisten ... sofort und brutal zuzuschlagen“ sei. „Die Betreffenden sind zu vernichten.“

Zu vernichten waren durch „Abschiebung in den Tod“ auch die Zwangsarbeiter, die Auskunft geben konnten über ihre Sklavenarbeit in den Rüstungsbetrieben der deutschen Großindustrie. „Aufgeräumt“ wurde in den Kriegsgefangenenlagern. Bis in die Tage des April wurde in den Zuchthäusern, in den Konzentrationslagern und in den Anstalten zur Vernichtung „lebensunwertes Leben“ gemordet. 8000 Soldaten wurden als Deserteure in den letzten Kriegsmonaten hingerichtet. Noch ist nicht genau die Zahl der Männer und Frauen bekannt, die bei den Todesmärschen aus den Konzentrationslagern ums Leben kamen – vor Erschöpfung oder gezielt von den Wachmannschaften getötet.

Die Publikation überzeugt durch die Fülle der Zeitdokumente und Zeugenaussagen und entsetzt bei der Lektüre der Gerichtsurteile über die wenigen, spät und milde oder gar nicht zur Verantwortung gezogenen Täter, ganz zu schweigen von den Auftraggebern in Politik und Wirtschaft.

Hans Canjé ■
(Neues Deutschland vom 18.9.2008)

Ulrich Sander: Mörderisches Finale – NS-Verbrechen bei Kriegsende. PapyRosa, Köln 2008. 190 S., br., 14,90 EUR.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Bundespräsidentenwahl: Dr. Frey kandidiert nicht

Auf der Website der DVU wird eine Meldung dementiert, wonach der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey der gemeinsame Kandidat von DVU und NPD zur Bundespräsidentenwahl sein werde. (Offensichtlich hat die Berliner Zeitung eine Äußerung Holger Apfels von der NPD-Fraktion Sachsen so interpretiert.) Das treffe nicht zu, heißt es: „DVU und NPD werden in der Bundesversammlung mit vier Mitgliedern vertreten sein. Die DVU- und NPD-Vertreter in der Bundesversammlung werden auch einen eigenen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominieren.“ Die DVU-Fraktionsvorsitzende im Landtag Brandenburg, Liane Hesselbarth, habe die Gespräche mit dem parteifreien Wunschkandidaten von DVU und NPD geführt und dieser habe sich einverstanden erklärt. Wer dies sei, werde im ersten Quartal 2009 bekannt gegeben. Es handele sich um einen Kandidaten, „der weit in das Lager der Etablierten einbrechen kann,“ verkündet Bruno Wetzel, stellv. Bundesvorsitzender, vollmundig. Bleibt abzuwarten, wer da nominiert wird, der „Einbruch“ wird sich wohl in Grenzen halten. *Quelle: Website der DVU*

Islam: Was fürchten die Deutschen?

Nationalzeitung Nr. 39 vom 19.9.08

In der Debatte um die angebliche „Islamisierung“ Deutschlands fährt die NaZe ihren eigenen Kurs. Zum „Anti-Islamisierungskongress“ gibt es keine Stellungnahme. Gero Hagen verweist auf die große Anzahl von Moscheen, die inzwischen in Deutschland vorhanden seien und für die der deutsche Steuerzahler nun auch noch einspringen müsse und versieht seine Kritik daran mit dem üblichen antisemitischen Schwenk: „Deutsche, die schon Unsummen für die Vielzahl jüdischer Einrichtungen auf deutschem Boden zahlen müssen, sind verunsichert. Kritisieren ist – Antisemitismus- und Ausländerfeindlichkeitsvorwürfe sind garantiert – nur bedingt erlaubt.“ Es gebe aber zwischen dem Islam und Deutschland keine Feindschaft, nur solle „Deutschland doch bitteschön ein deutsches und abendländisch geprägtes Land bleiben.“ Dass dann noch die Ausweisung krimineller Ausländer gefordert und der Beitritt der Türkei in die EU abgelehnt wird, gehört zum ständigen Repertoire des Blattes. *u.b.*

Bayerische NPD nicht zufrieden

In einer Erklärung zum Ausgang der Landtagswahl in Bayern schreibt Sascha Rossmüller, stellv. Landesvorsitzender der NPD in Bayern, die CSU habe ihre verdiente Strafe bekommen und werde nach wie vor überbewertet. Die zu erwartende Koalition mit den Neoliberalisten der FDP lasse „sozialpolitisch nichts Gutes erwarten“. „Leider haben sich aber auch für die nationale Opposition die Hoffnungen nicht erfüllt,“ heißt es weiter, „es zeigte sich einmal mehr, daß konkurrierende Wahlantritte nationaler (Nationaldemokraten), rechtskonservativer (Republikaner) und landsmannschaftlich-konservativer Parteien (Bayernpartei) ernstzunehmende Erfolge massiv erschweren.“

Die Wahlverweigerung weiter Kreise Unzufriedener stehe einer politischen Veränderung zusätzlich entgegen. Die NPD habe zwar – trotz kaum vorhandener finanzieller Mittel – zeigen können, „dass sie nicht mehr dem Null-Komma-Ghetto angehört“ und werde „den Anspruch auf staatliche Mittel, den sie sich erkämpfen konnte, als politischen Hebel einsetzen, um als politische Alternative künftig noch mehr als bisher ins Wahrnehmungsfeld des Volkes geraten zu können, erkennt aber durchaus an, in der Nichtwählermobilisierung hinter den Erwartungen geblieben zu sein.“

Zur Aufmunterung gratuliert Roßmüller „unseren Kameraden in Brandenburg zu ihren kommunalpolitischen Erfolgen“ und verkündet die weitere kommunalpolitische Verankerung der NPD in Bayern als jetzt wichtigstes Ziel.

Quelle: npd-bayern

Voigt zum „Fall Kemna“

In einer langen Erklärung hat der Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt zum Fall Kemna Stellung genommen. Kemna, langjähriger Bundesschatzmeister der NPD hatte am 12. September 2008 vor Gericht eingestanden, in den letzten 3 ½ Jahren aus NPD-Kassen 741.000 Euro veruntreut zu haben. Er wurde zu einer Haftstrafe von 32 Monaten verurteilt. Voigt, dem vorgeworfen wird, Kemna zu lange unterstützt zu haben, verteidigt sich: „Ich räume vorbehaltlos ein: Erwin Kemna genoß mein Vertrauen, das des Parteivorstandes und der Gesamtpartei, wie die großen Vertrauensbeweise auf Wahlparteitagen immer wieder zeigten. Angesichts der staatlichen Machenschaften bei der Patriotenverfolgung war es daher für uns zunächst selbstverständlich, daß wir uns nach seiner Verhaftung hinter ihn gestellt haben.“ Dieses Vertrauen habe Kemna allerdings missbraucht. Das Parteipräsidium habe daher die notwendigen Schritte eingeleitet, um evtl. noch bestehende Vermögenswerte zu sichern. Der Aufforderung, aus der NPD auszutreten, sei Erwin Kemna am 15. September nachgekommen. Inzwischen sei eine Untersuchungskommission unter der Leitung von Hans-Joachim Voss aus Unna eingesetzt worden, „die sich neben der Klärung konkreter Ansprüche auch mit Fragen beschäftigen wird, warum die Kontrollmechanismen nicht griffen und wie künftig wirksamere Schutzmechanismen ähnliches ausschließen können.“ Voigt lehnt einen Sonderparteitag bzw. seinen Rücktritt ab. Wörtlich: „Ich bin fest entschlossen, dergestalt Verantwortung zu übernehmen, daß ich unsere NPD auch durch diese Feuerprobe führen... werde.“ Er werde dem Parteivorstand vorschlagen, „den nächsten Wahlparteitag von 2010 auf einen zeitnahen Termin nach der Bundestagswahl im November 2009 vorzuziehen.“ Mit den zahlreichen Kommunalwahlen in Frühjahr/Frühsommer und den am 30. August stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und im Saarland habe die NPD „die einmalige Chance, mit unserem Bündnispartner weitere Parlamente zu erobern und vier Wochen später auch zur Bundestagswahl einen Paukenschlag zu setzen.“ *Website NPD, Berlin, 17.9.08*

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507